

AIPA 2/2019

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Nemo Leander Buschmann

**Wenn der Adler auf den Drachen trifft:
Konkurrenz oder Kooperation?**

Eine geoökonomische Analyse der aktuellen
deutsch-chinesischen Beziehungen



Lehrstuhl für Internationale Politik
und Außenpolitik der Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

AIPA 2/2019

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Nemo Leander Buschmann

**Wenn der Adler auf den Drachen trifft:
Konkurrenz oder Kooperation?**

Eine geoökonomische Analyse der aktuellen
deutsch-chinesischen Beziehungen

ISSN 1611-0072

Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik
der Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Redaktionelle Bearbeitung: Anna-Sophie Weichenthal

Köln 2019

Abstract

Obwohl Berlin und Beijing geographisch tausende Kilometer voneinander entfernt liegen, sind Deutschland und China durch ihre starken Exportwirtschaften eng miteinander verbunden. Durch die 2013 gestartete Seidenstraßeninitiative, die Übernahme von europäischen Unternehmen und den Erwerb von zentraler Handelsinfrastruktur verfolgt die chinesische Regierung in Europa zunehmend wirtschaftsstrategische Interessen, wodurch auch Deutschlands wirtschaftliche Interessen innerhalb von Europa betroffen sind. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses der Arbeit und geleitet durch das Konzept der Geoökonomie stehen Konfliktpotenziale sowie Auswirkungen zusammentreffender wirtschaftsstrategischer Interessen. Ziel der Arbeit ist es herauszuarbeiten, ob und inwieweit konkurrierende geoökonomische Interessen für den Fall von Deutschland und China Auswirkungen auf ihre bilateralen Beziehungen haben. Prozessanalytisch werden dazu einschlägige Schlüsselereignisse, in denen sich konkurrierende deutsche und chinesische geoökonomische Interessen zeigen, sowie darauf bezogene Aussagen deutscher Regierungspolitiker und Reaktionen der Bundesregierung untersucht. Schließlich bestätigt die Arbeit einen formulierten Kausalmechanismus, wonach sich die deutsch-chinesischen Beziehungen maßgeblich auf Grund von konkurrierenden geoökonomischen Interessen im Zeitraum von 2013 bis 2019 verschlechtert haben. Die Analyse zeigt zudem, dass Staatenbeziehungen zunehmend von strategischer Handels- und Wirtschaftspolitik sowie ökonomischen Instrumenten der Interessenausübung beeinflusst werden.

Keywords: Deutschland, China, deutsch-chinesische Beziehungen, geoökonomische Interessen, Geoökonomie, wirtschaftsstrategische Konkurrenz, Seidenstraße, Belt and Road Initiative

Nemo Leander Buschmann

hat Sozialwissenschaften (B.Sc.) an der Universität zu Köln studiert. Seit Oktober 2019 studiert er Politikwissenschaft (M.A.) an der Freien Universität Berlin.

Kontakt: Nemo.Buschmann@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	I
1 EINLEITUNG	1
1.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsfrage	2
1.2 Aufbau der Arbeit	4
1.3 Forschungsstand	5
2 THEORIE	7
2.1 Von der Geopolitik zur Geoökonomie	7
2.2 Geoökonomische Interessen	11
2.2.1 Deutschlands geoökonomische Interessen	11
2.2.2 Chinas geoökonomische Interessen	13
2.3 Typologie und Rollenverständnis von Staatenbeziehungen	15
2.4 Hypothese	17
2.4.1 Kausalmechanismus	18
3 METHODE	19
3.1 Die Prozessanalyse	20
3.1.1 Aufspüren und Testen des Kausalmechanismus – systematic process tracing ..	21
3.2 Wie wird die unabhängige und abhängige Variable erfasst?	24
3.2.1 Fallauswahl geoökonomischer Interessensausübung (X)	24
3.2.2 Erfassung der deutsch-chinesischen Beziehungen (Y)	25
4 ANALYSE	26
4.1 Duisburg und die Seidenstraße	27
4.2 Die Übernahme des Hafens von Piräus	31
4.3 Die Übernahme von Kuka	35
4.4 Der 16+1 Gipfel und die Zugverbindung Belgrad–Budapest	40

4.5 Beitritt Italiens und Griechenlands zur Seidenstraße	44
5 ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT.....	50
6 LITERATURVERZEICHNIS.....	53
7 ANHANG	69

Abkürzungsverzeichnis

BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRI	Belt-and-Road-Initiative
COSCO	China Ocean Shipping Company
CEEC	Central and Eastern European Countries
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investment (Ausländische Direktinvestition)
KM	Kausalmechanismus
KPCh	Kommunistischen Partei Chinas
MuO	Memorandum of Understanding (Absichtserklärung)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
SGCC	State Grid Corporation of China

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Kausalmechanismus zwischen geoökonomischen Interessen und den deutsch-chinesischen Beziehungen.....	15
Abbildung 2: Hypothesen-Tests des Kausalmechanismus	20

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Codierung und Zuordnung von Aussagen deutscher Regierungspolitiker zu staatlichen Beziehungstypen	21
---	----

Wenn der Adler auf den Drachen trifft: Konkurrenz oder Kooperation?

Eine geökonomische Analyse der aktuellen deutsch-chinesischen Beziehungen

1 Einleitung

Genauso stellt sich natürlich die Frage, wie es mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China, den Vereinigten Staaten und Europa weitergeht. Das ist ein Riesenproblem. Wir erleben: China ist ein aufsteigendes Land. Wenn ich nach China fahre, sagen mir die chinesischen Vertreter: Wir waren 1.700 Jahre von den 2.000 Jahren seit Christi Geburt die führende Wirtschaftsnation. Regt euch nicht auf; es passiert weiter gar nichts, als dass wir wieder dahin kommen, wo wir immer waren. Ihr habt das in den letzten 300 Jahren nur nicht erlebt. – Und wir sagen: In den letzten 300 Jahren waren wir aber die Führenden; erst die Europäer, dann die Vereinigten Staaten von Amerika und dann wir zusammen. Nun aber müssen wir mit der gegebenen Situation umgehen und müssen vernünftige Lösungen finden, damit daraus nicht ein uns gegenseitig schwächender Kampf wird.

Bundeskanzlerin Angela Merkel 2019

Angela Merkels Kurzzusammenfassung der globalen Wirtschaftsgeschichte und ihr Bericht über die chinesische Perspektive auf Umbrüche in der Weltwirtschaft wurden während ihrer viel beachteten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 trotz (oder wegen) der wirtschafts- und (sicherheits-)politischen außerordentlichen Relevanz der Redepassage mit einem gehemmten, aber amüsierten Gelächter des Publikums kommentiert (Phoenix 2019). Dass die deutsche Bundeskanzlerin, Regierungschefin der weltweit drittgrößten Exportnation, nicht etwa auf einem Wirtschaftsgipfel, sondern auf der weltweit bedeutsamsten Konferenz für globale und sicherheitsrelevante Fragen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa, den USA und China, die Frage wer die führende Wirtschaftsnation sein wird und die Sorge um einen potenziell „schwächenden

Kampf“ ansprach, lässt die Bedeutung der deutsch-chinesischen Beziehungen im weltpolitischen Zusammenhang erahnen. Als politischer Zwerg, aber wirtschaftlicher Riese, wie Helmut Schmidt Deutschlands Rolle in der Welt einmal beschrieb (Marsh 2015), verfolgt die Bundesrepublik, wie jeder andere Staat, wirtschaftliche Interessen innerhalb der EU und darüber hinaus. Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Deutschland stark auf die Kooperation mit anderen Staaten angewiesen, was nicht zuletzt wegen des Handelskonflikts zwischen China und den USA und der Volksrepublik als aufstrebende Wirtschaftsmacht immer mehr zum „Riesenproblem“ wird, wie es Merkel in ihrer Rede formulierte. Es wird deutlich, dass Deutschlands internationale Beziehungen entscheidend durch seine wirtschaftlichen Interessen geformt sind und dass die Bundesrepublik als größte Volkswirtschaft Europas und wichtigster Handelspartner von China, in der EU ein zentraler Akteur in der wirtschaftlichen und weltpolitischen Verflechtung zum Reich der Mitte geworden ist.

1.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsfrage

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt auf den aktuellen deutsch-chinesischen Beziehungen und stellt die Faktoren, die diese erklären, in den Mittelpunkt der Untersuchung. Geografisch trennen Berlin und Beijing mehrere tausend Kilometer, dennoch sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China so eng wie zwischen keinem anderen EU-Staat und der Volksrepublik. Im Jahr 2017 betrug der gesamte Handelsumsatz Deutschlands mit der Volksrepublik 186 Mrd. Euro, womit China zum dritten Jahr in Folge nach Gesamtumsatz Deutschlands wichtigster Handelspartner war (FAZ.net 2019, BMWI 2018: 15). Für China wiederum ist Deutschland der größte Handelspartner innerhalb der EU und genießt nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Stärke und Innovationskraft besondere Aufmerksamkeit aus Fernost, sondern auch wegen seiner in der Eurokrise gewachsenen, politischen Führungsrolle in der EU. Aus dem intensiven wirtschaftlichen Austausch ist eine enge politische Beziehung zwischen der Bundesrepublik und China erwachsen, die durch eine sogenannte „umfassende strategische Partnerschaft“ und seit 2012 durch fast jährlich abgehaltene Regierungskonsultationen Ausdruck findet (vgl. Kundnani/Parello-Plesner 2012: 1).

Über den rein wirtschaftlichen Austausch hinaus sind die bilateralen Beziehungen mit der Volksrepublik China für die Bundesrepublik aus politischer und politikwissenschaftlicher Perspektive aus zwei weiteren Blickwinkeln in den letzten Jahren immer wichtiger geworden und werden es im Verlauf des 21. Jahrhunderts höchstwahrscheinlich bleiben: Erstens nimmt Deutschlands Beziehung mit China eine große Rolle in den EU-China Beziehungen ein, die auch in Hinblick auf internationale Handelskonflikte entscheidend auf dem Parkett der Weltpolitik sind, wie z.B. Merkel in ihrer Rede betonte. Zweitens werden die Beziehungen von Deutschland, als Teil der NATO und des Westens, zu China immer bedeutender auf weltpolitischer Bühne, da China als großer globaler Akteur, neben den USA und Russland, inzwischen eine Schlüsselrolle für die Lösung internationale Krisen und Probleme einnimmt (vgl. Shambaugh 2018: 7). Um die Stellung der deutsch-chinesischen Beziehungen für die EU und für die Beziehungen zwischen „dem Westen“ und China besser verstehen zu können, beschäftigt sich diese Arbeit als Grundlage vorrangig mit den bilateralen Beziehungen von Deutschland und China. Dabei soll eine Perspektive eingenommen werden, die ausgehend von dem dominierenden Faktor der Beziehungen der beiden Staaten – dem Handel und den jeweiligen wirtschaftlichen Interessen – strategische-politische Interessen beider Länder verbindend berücksichtigt und die daraus entstehenden Konfliktpotenziale in den Fokus der Analyse stellt.

Deutschland und China werden in Literatur und Presse zunehmend als Staaten beschrieben, die ihre wirtschaftliche Stärke für politische Ziele einsetzen und ihre Interessen über ihre Wirtschaftskraft definieren. *Geoeconomics*, als Begriff von Edward N. Luttwak (1990) in die akademische Debatte eingeführt und von ihm zu Beginn der 1990er Jahre als „the use of economic means for strategic objectives“ beschrieben, liefert für diese Arbeit das theoretische Konzept, um ökonomische sowie strategisch-politische Interessen von Staaten und die Auswirkungen auf deren Beziehungen zu untersuchen. Deutschland wird unter anderem auf Grund seines Verhaltens in der Eurokrise, dem damit einhergehenden Interesse am Wirtschaftsraum Europa und seines immensen Außenhandelsplus als Staat mit geoökonomischen Interessen beschrieben. Chinas wiederum gilt als Paradebeispiel eines Staates, der mithilfe dieses Konzeptes beschrieben werden kann, da er seine wirtschaftlichen und strategischen Interessen mittels der nach

Westen gerichteten „Neuen Seidenstraße“ oder *Belt-and-Road-Initiative* (BRI) teils bis nach Europa versucht durchzusetzen (vgl. Csurgai 2018: 41). Die „strategische Partnerschaft“ von Deutschland und China stützt sich maßgeblich auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, die als „zentraler Pfeiler der Gesamtbeziehungen“ angesehen wird (BPA 2019: 6). Dennoch ist zu vermuten, dass Chinas und Deutschlands *geökonomische Interessen* als exportorientierte Volkswirtschaften zum einen durch Chinas nach Europa gerichteter Wirtschaftspolitik und zum anderen durch Deutschlands Interesse an der Stabilität und Einheit des Wirtschaftsraums der Eurozone und EU zunehmend aufeinandertreffen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die deutsch-chinesischen Beziehungen durch ihre wirtschaftlich enge „strategische Partnerschaft“ unter dem Vorzeichen der Kooperation stehen oder Konkurrenz um die Frage nach der führenden Wirtschaftsnation und die wirtschaftlich wichtige Einflusszone Europa die Beziehungen bestimmt? Mit der unabhängigen Variable *geökonomische Interessen* (X) von Deutschland und China und der abhängigen Variable *deutsch-chinesische Beziehung* (Y) ergibt sich die folgende Forschungsfrage der Arbeit:

Welche Auswirkungen haben die geökonomischen Interessen Deutschlands und Chinas auf ihre bilateralen Beziehungen?

1.2 Aufbau der Arbeit

Nach der Einleitung befasst sich das zweite Kapitel mit dem theoretischen Rahmen der Analyse. Zur Konzeptionierung der unabhängigen Variablen *geökonomische Interessen* (X) werden die Grundüberlegungen sowie Einordnung der Theorie der Geoökonomie und Herkunft des Begriffs umfassend erläutert. Anschließend werden jeweils Deutschlands und Chinas geökonomische Interessen beschrieben, wie sie in der Literatur und den Fachpublikationen bisher erfasst werden. Die abhängige Variable *deutsch-chinesische Beziehungen* (X) wird in Kapitel 2.3 mit Hilfe des Konzepts für Internationale Rollen von Alexander Wendt und der Rollentheorie von Kirste und Maull theoretisch untermauert. Am Ende des zweiten Kapitels wird eine Hypothese über den Zusammenhang der Variablen formuliert und Vorhersagen und der Prozess der Beziehungsentwicklung in einem Kausalmechanismus (KM) dargestellt. Das dritte Kapitel stellt die Methode, mit der

die Analyse durchgeführt wird, umfänglich vor und nimmt Bezug auf ontologische und epistemologische Vorannahmen des *process tracing*. In der Analyse und dem vierten Kapitel werden Redebeiträge deutscher Regierungspolitiker, Fachpublikationen, Presseberichte und Veröffentlichungen von Institutionen genutzt, um die Ereignisse chronologisch geordneter Beobachtungspunkte nachzuzeichnen. Die Beobachtungspunkte stellen chinesische geoökonomische Interessensausübungen dar, die potenziell konkurrierend zu deutschen geoökonomischen Interessen sind. Dadurch kann im Zeitraum der letzten sieben Jahre ein Zusammenhang zwischen geoökonomischen Interessen von Deutschland und China und ihren bilateralen Beziehungen untersucht werden. Die Arbeit schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse im fünften Kapitel und einem Fazit, das die Hypothese und die Frage nach dem Vorliegen des theorisierten KM beantwortet.

1.3 Forschungsstand

Neben wirtschaftskulturellen Studien (s. z.B. Ma/Becker 2015), Forschungen zu politischer Kultur (s. z.B. Bai 2013, Lian 2013) und Betrachtungen der deutschen Chinapolitik (s. z.B. Guo 2013) werden die deutsch-chinesischen Beziehungen aus wirtschaftlicher Perspektive und mit Fragestellungen der Internationalen Beziehungen untersucht.

Erber (2011; 2013: 4–7) stellt in seinen Veröffentlichungen über die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen den stetig steigenden Handel, die damit verbundenen Konfliktpotenziale durch chinesische Industriesubventionen und mögliche Verluste deutscher Wettbewerbsfähigkeit dar. Die politikwissenschaftlichen Studien von Kundnani und Parello-Plesner (2012), Noesselt (2011) und Kohlenberg und Godehardt (2018) entsprechen am ehesten einer geoökonomischen Perspektive auf die deutsch-chinesischen Beziehungen. Die Veröffentlichungen verbinden die Betrachtung wirtschaftlicher, politischer sowie strategischer Fragen miteinander, stellen jedoch meist die EU-China Beziehungen in den Mittelpunkt ihrer Analysen. Letztgenannte analysiert Chinas Konnektivitätspolitik, insbesondere Chinas Infrastrukturinitiativen und seinen Einfluss im Finanz-, Technologie und Forschungssektor (Kohlenberg/Godehardt 2018). Noesselt (2011: 4) hebt hervor, dass China seine Beziehungen zur EU vermehrt durch

Intergouvernementalismus zu einzelnen EU-Staaten und besonders über das einflussreiche Deutschland als Vehikel steuere, um chinesischen Interessen innerhalb der EU Gewicht zu verleihen. Kundnani und Parello-Plesner (2012) sehen in Chinas Beziehung zu Deutschland, ähnlich wie Noesselt, mehr als nur wirtschaftliche Anliegen. China habe in Deutschland einen einflussreichen, aber von China abhängigen Partner gefunden, der China dabei helfe, seine Vorstellung von einer multipolaren Welt umzusetzen (Kundnani/Parello-Plesner 2012: 7). Harnisch (2017) hält bei seiner Untersuchung der deutschen Politik gegenüber der BRI fest, dass die Sicht der liberalen Außenpolitikanalyse die Reaktionen der deutschen Politik besser erklärt als machtpolitische Ansätze. Diese Einschätzung ergibt sich jedoch vor allem aus der Betrachtung der ersten Frühphase der BRI vor 2016, in der Implikationen für deutsche strategische sowie ökonomische Interessen unterschätzt oder nicht erkannt wurden (Harnisch 2017: 8) In den letzten Jahren würde es vermehrt zu Widerstand und Kritik von Deutschland gegenüber BRI-Projekten und China kommen (Harnisch 2017: 17).

Diese Arbeit folgt den Ergebnissen von Kundnani und Parello-Plesner (2012: 8), wonach die bilateralen Beziehungen zwischen China und Deutschland von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der EU-China Beziehungen und Fragen der globalen Ordnung sind. Die Arbeit schließt zudem bei Harnisch an, indem versucht wird, Ursachen des vermehrten Widerstands gegenüber der BRI und China zu ermitteln. Daran anknüpfend wird für die Arbeit eine geoökonomische Perspektive eingenommen, die wirtschaftliche und politisch-strategische Aspekte miteinander verbindet und die von Kohlenberg und Godehardt untersuchte chinesische Konnektivitäts- und Wirtschaftspolitik sowie Deutschlands eigene wirtschaftliche und strategische Interessen als wesentlich für die Beziehungen der beiden Staaten zugrunde legt.

2 Theorie

Dieses Kapitel setzt den theoretischen Rahmen für die Analyse der Arbeit. Im ersten Teil des Kapitels werden grundlegende Annahmen der Theorie der *geoeconomics* wiedergegeben, um die unabhängige Variable (X) *geoökonomische Interessen* zu verstehen. Anschließend wird darauf eingegangen, warum Deutschland und China als geoökonomisch agierende Staaten verstanden werden und welche ihre jeweiligen geoökonomischen Interessen sind. Anschließend wird nach der Typologie von Wendt unterschieden, welche Rollen Staaten zugeordnet werden können und wie staatliche Rollen im Sinne von Kirste und Maull verstanden werden. Ausgehend von diesen Vorüberlegungen wird am Ende des Kapitels ein KM formuliert, der Vorhersagen zu den deutsch-chinesischen Beziehungen trifft. Der KM wird in Kapitel 4 an der Empirie getestet.

2.1 Von der Geopolitik zur Geoökonomie

Schon lange bevor im Jahr 1990 der Begriff *geoeconomics* in die akademische Debatte Einzug fand, verhängten Staaten Embargos, führten Wirtschaftskriege und schützten ihre Unternehmen mit Protektionismus, um politische Ziele durchzusetzen und Vorteile gegenüber anderen Staaten zu erlangen (Csurgai 2018: 39–40). Das Ende des Ost-West-Konflikts markierte jedoch für den US-amerikanischen Militärstrategen und Politikwissenschaftler Edward N. Luttwak (1990) einen Umbruch, der die Bedeutung militärischer Mittel zur Machtausübung in internationalen Beziehungen schwinden ließ, weil es nicht mehr jederzeit zu einer militärischen Konfrontation der Blockstaaten kommen konnte. Luttwak (1990: 17) folgerte daraus, dass „methods of commerce“ weitgehend militärische Mittel in einer international wirtschaftlich verflochtenen Welt ersetzen würden und „capital in lieu of firepower, civilian innovation in lieu of military-technical advancement, and market penetration in lieu of garisons and bases“ die entscheidenden Größen in internationaler Politik werden würden. Luttwak (1990: 21) nahm an, dass dieser Wandel der priorisierten Mittel – von Geopolitik zu Geoökonomie – im Werkzeugkasten der Machtpolitik von Staaten dazu führe, politische Konflikte in der

neuen „geo-economic era“ ebenfalls mit „weapons of commerce“ auszufechten. Zu diesen Waffen des Handels zählte er unter anderem „more or less disguised restriction of imports, the more or less concealed subsidization of exports, the funding of competitive technology projects, [...] the provision of competitive infrastructures“ (Luttwak 1990: 21).

Luttwak (1990: 17–19) beschrieb den von ihm neu geschaffenen Begriff *geoeconomics* als „the admixture of the logic of conflict with the methods of commerce“ und verband damit vor allem die Transformation des staatlichen Handels in einer von Konflikt geprägten internationalen Umwelt. Die realistischen Grundannahmen einer geopolitisch geprägten Weltpolitik bleiben bei Luttwaks (1990: 19) neuer Theorie bestehen, in der Staatenbeziehungen als „adversarial, zero-sum, and paradoxical“ charakterisiert sind. Staaten als territorial definierte politische Einheiten seien im internationalen System weiterhin die zentralen Akteure. Diese strebten (1) nach einem relativen Vorteil gegenüber anderen auf der internationalen Bühne, (2) seien Subjekt von internen Bürokratien, die versuchen, die ihnen gesetzten Ziele auch in einer internationalen ökonomischen Arena zu erreichen, und (3) würden von wirtschaftlichen Interessensgruppen für deren eigene Zwecke instrumentalisiert (Luttwak 1990: 19). Dennoch, so wie nicht alle Staaten geopolitisch motivierte Kriege führen, würden auch nicht alle Staaten geoökonomisch handeln, wenn sie dazu nicht die Fähigkeiten besäßen oder durch historische und institutionelle Gründe daran gehindert würden (Luttwak 1990: 21). Auch könnten Staaten Handelsstreitigkeiten aus Angst vor ökonomischen negativen Konsequenzen durch politische Interventionen unterdrücken. Bedrohungen für Staaten würden vermehrt durch wirtschaftliche Konflikte charakterisiert und ökonomische Auseinandersetzungen bekämen eine strategische Bedeutung – sie würden geoökonomisch (Luttwak 1990: 20–21). Politische Konflikte würden dann in einer von geoökonomischer Notwendigkeit dominierten Welt mit „weapons of commerce“ geführt, in der nach wie vor „logic of conflict“ vorherrschend sei und Staaten das Ziel verfolgten, *outcome* innerhalb ihrer Grenzen zu maximieren (Luttwak 1990: 18–21). Nach Luttwak (1990: 22) fungieren Unternehmen dabei für die geoökonomischen Zwecke des Staates als „chosen instruments“ und seien „instruments and instrumentalized“ zugleich. Geoökonomisch rivalisierende Staaten würden private Unternehmen sowie staatseigene

Unternehmen des jeweils anderen Staates als Gegner wahrnehmen, wozu Luttwak ausführlich erläutert:

If they [private companies] invest Y million of their funds to develop X technology, they might find themselves irremediably overtaken by the X project of Country Z, funded by the taxpayer in the account of 2Y million, or 20million for that matter. Or private companies may find themselves competing with foreign undercutters determined to drive them out of business, and amply funded for that purpose by their state authorities. (Luttwak 1990: 22)

Luttwaks Überlegungen fanden zunächst wenig Beachtung, da diverse militärische Konflikte nach 1990, z.B. die NATO-Intervention im Kosovo und die von den USA geführten Missionen im Irak und Afghanistan, die Vermutung nahe legten, dass nach wie vor militärische Auseinandersetzungen das bestimmende Mittel bei Konflikten in der Staatenwelt seien. Gleichzeitig haben Staaten aber zunehmend ihr Repertoire an ökonomischen Machtinstrumenten zur Durchsetzung strategischer Interessen ergänzt, da das internationale System zunehmend von Konflikt geprägt sei und ökonomische Machtmittel einen Weg darstellten trotz gestiegener wirtschaftlicher Interdependenz zwischen Staaten, strategische Interessen zu verfolgen. Geoökonomische Mittel bürgten zudem eine geringere Gefahr, kostspielige (militärische) Gegenreaktionen zu verursachen und seien ähnlich effektiv wie militärische (vgl. Blackwill/Harris 2019: 35–36; Scholvin/Wigell 2018: 75).

Als analytischer Rahmen wird die Theorie der Geoökonomie inzwischen von vielen Forschern verwendet, um Rivalitäten von nationalen Interessen, die zunehmend durch konfliktreiche ökonomische Beziehungen abgebildet sind, zu verstehen. Chinas Aufstieg zur regionalen Wirtschaftsmacht in Asien und Deutschlands Verhalten während der Eurokrise ständen exemplarisch für zwei Phänomene, bei denen Staaten durch strategisches Handeln in verschiedenen Wirtschaftsbereichen ihre Machtposition im internationalen System und ihren regionalen Einflusszonen festigten (Csurgai 2018: 41–42). Obwohl der Begriff Geoökonomik in vielen wissenschaftlichen Publikationen verwendet wird, fehlt es an einer einheitlichen Definition. Nach Scholvin und Wigell (2018: 78) bezeichnet der Begriff Geoökonomie eine neu evolvierte außenpolitische Praxis

von Staaten, die durch Veränderungen im Internationalen System hervorgerufen wurde, und zugleich eine analytische Methode des Forschungsfeldes der Internationalen Beziehungen. Andere Interpretationen der Theorie, die sich von Luttwaks Verständnis entfernen, werden im Weiteren vernachlässigt. Die theoretische Konzeption der Geoökonomie steht, erkennbar an Luttwaks Grundannahmen, auf den Füßen eines realistischen Paradigmas (Scholvin/Wigell 2018: 74). Durch die Einbeziehung von ökonomischen Faktoren und strategischen Überlegungen, wurden Luttwaks Thesen zu einem interdisziplinären und umfassenden Ansatz in den Internationalen Beziehungen weiterentwickelt, der auf diese Weise das liberale Interdependenzparadigma in Frage stellt, wonach der Staat als Akteur in internationalen ökonomischen Beziehungen eine untergeordnete Rolle spielt und wirtschaftlicher Austausch auf Grund von wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwangsläufig zu positiven interstaatlichen Beziehungen beitrage (Csurgai 2018: 39). Geoökonomik ist deshalb in der Lage, aktuelle Staatenbeziehungen und Politik in einer multipolaren Welt im Lichte ökonomischer und strategischer Interessen zu untersuchen, wobei es den geographischen Bedingungen keine alleinige erklärende Kraft zuschreibt, diesen aber potenzielle Einflussfähigkeit beimisst (Vihma 2017: 4–5).

Entsprechend wird Geoökonomie von den meisten Autoren als eine Form der Machtpolitik verstanden. Blackwill und Harris definieren (2018: 20) Geoökonomie als “[t]he use of economic instruments to promote and defend national interests, and to produce beneficial geopolitical results; and the effects of other nations’ economic actions on a country’s geopolitical goals.” Für diese Arbeit soll Geoökonomie maßgeblich im Sinne der Definition von Scholvin und Wigell (2018: 78) verstanden werden, weil sie Geopolitik klarer von Geoökonomie abgrenzen und im Gegensatz zu Blackwill und Harris die geographische Dimension hinreichend erfassen. Geoökonomie fokussiert die Betrachtung auf wirtschaftliche Macht zur Erreichung strategischer, nicht notwendigerweise geopolitischer Ziele und bezieht die geografische Perspektive mit ein, indem spezifische geografische Räume und Einflussphären bei der Ausübung von relativer wirtschaftlicher Macht als einflussgebend hervorgehoben werden (Scholvin/Wigell 2018: 81). Geoökonomie soll demnach verstanden werden als:

[A] foreign policy strategy and an analytical framework, focusing on the state as key actors in the international relations and foreign policy. Geoeconomics as a foreign policy strategy – or practical geoeconomics – refers to the application of economic means of power so as to realize strategic objectives. It is the ‘geostrategic use of economic power.’ (Scholvin/Wigell 2018: 81).

2.2 Geoökonomische Interessen

In diesem Abschnitt wird auf Deutschlands und Chinas jeweilige geoökonomische „nationale Interessen“ eingegangen. Mit Maull (2006: 68) soll „nationales Interesse“ wage als „grundlegende außenpolitische Zielsetzung eines Staates“ verstanden werden, die auf einem breiten politischen Konsens beruht und jenseits der „Funktion als Politischer Kampfbegriff der Regierung“ besteht. Geoökonomische Interessen sind damit langfristige Zielsetzungen des Staates hinsichtlich wirtschaftlicher Ziele, die (geo-)strategische Ziele beinhalten, also bestimmte Regionen zum Ziel wirtschaftlicher Macht haben. Um sie zu erreichen, setzen Staaten auf „geostrategic use of economic power“ (Scholvin/Wigell 2018: 80).

2.2.1 Deutschlands geoökonomische Interessen

Deutschland, wo nur circa 80 Millionen Menschen leben, hatte mit 248 Mrd. Euro im Jahr 2017 den weltweit höchsten Außenhandelsüberschuss und ist gemessen am gesamten Handel nach China und den USA, der drittgrößte Exporteur der Welt (BMW 2018; IW 2018). Szabo (2017: 38), Kundnani (2011: 41) und andere sehen Deutschland wegen dieser Wirtschaftsleistung, die zunehmend die außenpolitische Agenda bestimmt, nicht mehr von Maulls berühmten Konzept der Zivilmacht erfasst, sondern schreiben Deutschland die Interessen und das Verhalten eines geoökonomisch agierenden Staates zu.

Kundnani (2011) erkennt den Ursprung der Entwicklung von Deutschland zur geoökonomischen Macht in der Wiedervereinigung, die Deutschland erlaubte, seine Interessen rein wirtschaftlich zu formulieren, weil es seine territoriale „Expansion“ im Rahmen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten beendet hatte. Dadurch war es nicht mehr ausschließlich auf multilaterale Institutionen angewiesen und handelte multilateral nur noch, wenn es im deutschen Interesse war. Nach 1990 folgte Deutschland vermehrt der Identität eines „trading state“, der sich auf wirtschaftliches Wachstum

konzentrierte, auch um die hohen Kosten der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik zu erwirtschaften (vgl. Kundnani 2011: 35–36). Deutschland konnte in der Folge den Wert seines Außenbeitrages von 59 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf bis 250 Mrd. Euro im Jahr 2017 steigern. Ausgerechnet der chinesische Markt war der größte Treiber dieses enormen Wachstums, mit dem Deutschland 2017 den höchsten Gesamtumsatz von 186 Mrd. Euro erzielt hatte (Kundnani 2011: 36, Szabo 2017: 41, BMWI 2018: 15).

Szabo (2017) sieht Deutschland ebenfalls als „gloeconomic power“, weil es seinen ökonomischen Interessen Priorität einräume, einen selektiven Multilateralismus betreibe und in seiner Außenpolitik wirtschaftliche Stärke anstelle militärischer Macht verwende, um gegenüber anderen Staaten seine nationalen Präferenzen durchzusetzen. Der deutsche Staat folge dabei Unternehmen in ihren Interessen, anstatt diese zu führen. Dies würde besonders dann sichtbar, wenn die Bundeskanzlerin bei Auslandsreisen von einer Delegation deutscher Unternehmenschefs begleitet werde, nicht um selbst nationale Wirtschaftsinteressen voranzutreiben, sondern vor allem um als Türöffner für deutsche Unternehmen zu fungieren (Szabo 2017: 42).

Nach Kagan (2019: 116) ist Deutschlands wirtschaftliches Interesse dadurch bestimmt, dass mit der EU und der Eurozone „[t]he rest of Europe became Germany’s export market“. Dies wurde vor allem während der Eurokrise sichtbar, als Deutschland maßgeblich die Austeritätspolitik gegenüber verschuldeten EU-Staaten durchsetzte, um einen Anstieg des Preisniveaus in der EU zu verhindern und so die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte sicherte (Szabo 2017: 43, Kundnani 2011: 41). Kundnani (2019) vergleicht dieses Verhalten von Deutschland mit dem Konzept einer liberalen geoökonomischen Macht, die sich nach Wigell (2016) dadurch auszeichnet, dass „economic power as a goal in itself“ (Wigell 2016: 146) gesehen wird. Deutschland habe innerhalb der Eurozone seine eigenen Interessen durch institutionalisierte Entscheidungen und Regeln, die in seinem Interesse sind, anderen Eurostaaten aufzwingen können (Kundnani 2019: 72). Zudem sei Deutschland durch seine starke Exportabhängigkeit auf eine offene und regelbasierte Internationale Wirtschaftsordnung angewiesen, die immer stärker durch illiberale Mächte angegriffen wird. Deutschland komme zunehmend in Bedrängnis, Regeln zu setzen oder andere Regeln akzeptieren zu müssen (Szabo 2017: 47).

Zusammenfassend können Deutschlands geoökonomische Interessen nach Szabo (2017) und Kundnani (2011, 2019) durch drei Punkte festgehalten werden. Erstens ist Deutschland eine Exportnation und will dadurch Technologie- und Innovationsstandort bleiben, um die hohen Außenbeiträge zu garantieren. Regional braucht Deutschland in erster Linie die EU und die Eurozone als Absatzmärkte, wodurch sich zweitens Deutschlands Interesse an einem stabilen und geeinigten Europa ergibt, das seine Exporte weiterhin nachfragt. Drittens benötigt Deutschland eine freie und offene internationale Wirtschaftsordnung, die für die regionale und internationale Exportfähigkeit essentiell ist. Zusätzlich spielt der chinesische Markt als Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft eine zentrale Rolle, auch wenn geographisch vor allem Europa als Region für Deutschlands wirtschaftliche Interessen entscheidend ist.

2.2.2 Chinas geoökonomische Interessen

Chinas Investitions- und Wirtschaftspolitik wird vorgeworfen, nicht nur wirtschaftliche Absichten zu verfolgen, sondern mit der Förderung von wirtschaftlichen Projekten und der Vergabe von Krediten im Ausland politisch vorteilhafte Ergebnisse für Beijing zu beabsichtigen (vgl. Cai 2018: 31). Erstmalig wurde dies an einem mit chinesischen Krediten gebauten Hafen in Sri Lanka deutlich, der anschließend an ein chinesisches Staatsunternehmen für 99 Jahre verpachtet werden musste, weil Sri Lanka die Schulden nicht zurückzahlen konnte (Panda 2017).

Die meisten Beobachter sehen vor allem in der BRI und der 2015 gegründeten *Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)* klare geoökonomische Interessen Beijings verankert. Xiaoyu (2016:113) und Cai (2018: 840) erkennen in der BRI den Versuch Chinas, innerökonomische Probleme zu lösen, indem Infrastrukturprojekte industrielle Überkapazitäten kompensieren und ausländische Absatzmärkte für chinesische Waren erschließen sollen. Ebenso solle die BRI die Reform der chinesischen Wirtschaft unterstützen, die zusehends auf Hightech-Sektoren, wie Kraftwerksbau und Schieneninfrastruktur, setze und zu einer innovativen und modernen Volkswirtschaft umgebaut werden soll (Xiaoyu 2016: 114). Cai (2018: 837–838) betont, dass Chinas wirtschaftlicher Umbau zudem auf den innenpolitischen Zusammenhalt des Landes gerichtet ist. Chinas Wirtschaft, die in den letzten Jahren im Vergleich zu vorherigen

Wachstumsraten schwächelte, würden weitere Anreize gegeben werden, um den von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) versprochenen Wohlstand für die chinesische Gesellschaft zu erzeugen (Cai 2018: 837–38). Beeson (2018) sieht Chinas Wirtschaft tief integriert in strategische und sicherheitsrelevante Überlegungen der KPCh. Die BRI sei Teil der Überlebensstrategie des Ein-Parteien-Systems und des Herrschaftsanspruchs der KPCh. Strategische, politische und ökonomische Faktoren würden von der Partei untrennbar voneinander wahrgenommen und in Chinas nationalem Interesse zusammengefügt (Beeson 2018: 245–246).

Zudem weist Cai (2018: 838) darauf hin, dass China darauf abziele, die von den USA dominierten internationalen Handelsregeln zu reformieren und mit der AIIB, in der China den größten Stimmanteil besitzt, den geförderten Projekten der BRI und der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) ein alternatives internationales Wirtschaftssystem zu etablieren. Auch solle die chinesische Währung Renminbi international als alternative Handelswährung zum Dollar etabliert werden (Xiaoyu 2016: 114). Xiaoyu (2016: 115) sieht Chinas ökonomische Strategien als eine Reaktion, um diplomatisch und (sicherheits-) politisch den USA besser begegnen zu können. Die Beziehungen zu den süd-ostasiatischen Staaten wolle China stärken, um dem US-amerikanischen *Pivot to Asia* entgegenzuwirken. Chinas „Westward March“ (Wang 2012 zit.n. Xiaoyu 2016: 112) solle Zentralasien und Europa näher an China heranrücken, um wirtschaftliches Wachstum weiterhin zu garantieren und diplomatischen Einfluss in diesen Regionen auszubauen, ohne mit den USA im Pazifik und Süd-Chinesischen Meer eine Konfrontation zu riskieren (vgl. Xiaoyu 2016: 115). China wolle der Eingrenzungspolitik der USA begegnen, indem sich viele Länder gerade in Zentralasien, aber auch in Ost- und Mitteleuropa, von Investitionen und Infrastrukturprojekten positiv angesprochen fühlen. Die BRI mit ihrem „win-win“-Mantra und großen wirtschaftlichen Anreizen solle Bedenken über Chinas rasanten politischen und wirtschaftlichen Aufstieg zerstreuen und Chinas aufstrebende Machtposition in Asien und darüber hinaus festigen (Cai 2018: 839–841).

Chinas geoökonomische Interessen können zusammenfassend nach Xiaoyu (2016) und Cai (2018) mit folgenden Punkten festgehalten werden. Erstens will China neue ausländische Märkte entlang der BRI erschließen, um das hohe Wirtschaftswachstum

sichern zu können. Zweitens soll China ein Innovations- und Technologiestandort werden, um eine moderne Exportnation zu werden. Drittens strebt Chinas Regierung nach neuen Regeln im internationalen Handelssystem, die Chinas Interessen durch neu gegründete Institutionen mehr in den Mittelpunkt rücken. Europa als zweiter Pol der BRI, als Abnehmer chinesischer Produkte und Standort hochentwickelter Industrien, ist ein zentraler geographischer Raum in Chinas Interessen.

2.3 Typologie und Rollenverständnis von Staatenbeziehungen

Die abhängige Variable (X) *deutsch-chinesische Beziehungen* soll mit Wendts (1999) Unterscheidung von Staatsbeziehungen typologisiert werden. Wendt (1999: 258–295) benutzt die Begriffe *enemy*, *friend* und *rival* in seiner sozialkonstruktivistischen Theorie des Internationalen Systems, um objektive und strukturelle Rollen von Staaten, die auf einer Makroebene langfristig gegeben sind, zu beschreiben. In dieser Arbeit sollen Wendts Beschreibungen dieser Kategorien benutzt werden, um die Aussagen deutscher Regierungspolitiker über die Beziehungen mit China einordnen zu können. Die Rolle eines Staates soll hingegen nicht wie bei Wendt als kollektive von der Struktur vorgegebene Eigenschaft aller Staaten, sondern in Anlehnung an Kirste und Maull (1996) akteursbezogen verstanden werden. Mit dieser Sichtweise ist es möglich, das Verhalten und die außenpolitischen Strategien von einzelnen Staaten analysieren zu können.

Wendt (1999) versteht die Struktur des Internationalen Systems ebenso wie Staaten als sozial konstruierte Gebilde, weil die Wahrnehmung des eigenen Staates (*self*) nur durch eine Abgrenzung zum anderen Staat (*other*) entsteht. Wie sich die beiden Staaten betrachten, würde Aufschluss darüber geben, wie das soziale System, hier die Beziehungen zwischen Deutschland und China, ausgestaltet sind (Wendt 1999: 260). Das Internationale System könne drei verschiedene Variationen annehmen, die davon abhängig sind, welche Rollen die Staaten darin einnehmen. Wendt formuliert dies folgendermaßen: „The structure and tendencies of anarchic systems will depend on which of our three roles - enemy, rival, and friend - dominate those systems, and states will be under corresponding pressure to internalize that role in their identities and interests.“ Wendts Konzepte von Feind, Freund und Rivale in den Beziehungen zwischen Staaten sollen kurz

dargestellt werden, bevor in Kapitel 3 darauf eingegangen wird, wie diese Konzepte in den Beziehungen von Deutschland und China erfasst werden können.

Feinde sind dadurch konstituiert, dass der verfeindete Staat (*other*) als ein Akteur wahrgenommen wird, der das souveräne Existenzrecht des eigenen Staates (*self*) nicht anerkennt und Gewalt gegenüber dem eigenen Staat frei anwendet. Die Unterscheidung zu Rivalität ist durch eine andere Intention bei Feinden und Rivalen begründet. Ein Feind erkennt das Existenzrecht des eigenen Staates allgemein nicht an und zielt darauf ab, diesen zu töten oder zu versklaven, im Gegensatz zu einem Rivalen, der Gewalt begrenzt verwendet. Aggression und Gewalt bei Feinden ist jedoch unbegrenzt (vgl. Wendt 1999: 260–261). Bei der Rolle *Rivale* ist die Sichtweise auf den anderen Staat von einem geringeren Grad an Bedrohung geprägt. Im Gegensatz zu Feinden respektieren Rivalen das Existenzrecht des anderen und streben deshalb nicht danach, den anderen zu erobern und zu dominieren. Das Zugestehen von einem gewissen Maß an Souveränität für den anderen Staat impliziert zudem ein Recht auf Territorialbesitz. Gewaltfreiheit und einen Anspruch auf *bestimmte* Gebiete gestehen sich Rivalen jedoch nicht zu. Wendt nimmt deshalb an, dass Staaten Rivalität im Rahmen und unter Einhaltung des Souveränitätsprinzips und internationalem Recht ausüben. Sie erwarten dennoch voneinander, Konflikte gelegentlich auch mit gewaltsamen Mitteln auszutragen (Wendt 1999: 280). Den Begriff *Freund* verwendet Wendt für Staaten, bei denen sich zwei Regeln beobachten lassen: Konflikte werden erstens ohne Gewalt oder das Androhen von Gewalt gelöst und zweitens agieren Staaten als Team, wenn die Sicherheit einer der beiden von einer dritten Partei bedroht wird. Freundschaft besteht erst dann zwischen Staaten, wenn Staaten beide Regeln befolgen, da sich auch Rivalen angesichts eines gemeinsamen Kontrahenten unterstützen würden. Im Gegensatz zu diesen Allianzen sind Freundschaften aber auf Dauer angelegte Staatsbeziehungen, bei denen erwartet wird, dass sie bestehen bleiben und sich die Staaten zu einer gegenseitigen Keine-Gewalt-Regel verpflichtet fühlen (vgl. Wendt 1999: 298–299).

Die Unterscheidung in Freund, Rivale und Feind soll verwendet werden, um Kategorien für Rollen einzelner Staaten als „Muster der außenpolitischen Grundeinstellung von Staaten – wie sie sich im offiziellen Regierungshandeln manifestiert [...]“ zu formulieren (Kirste/Maull 1996: 288). Mit der Rollentheorie von Kirste und Maull

(1996: 285) soll weitergehend angenommen werden, dass ein „Wandel in der Präferenzordnung“, der hier durch die neue Bedeutung von geoökonomischen Interessen für Deutschland und China abgebildet wird, auch zu einer Veränderung des Rollenkonzepts führen kann. Die Veränderung der Rolle eines Staates in zwischenstaatlichen Beziehungen, die sich nach der Definition von Gaupp (zit. n. Kirste/Wendt 1996: 289) als „kollektive normierte und individuell konzipierte – von Repräsentanten realisierte Einstellungs- und Verhaltensmuster von Staaten [...] in internationalen Systemen“ ergibt, kann so über den Untersuchungszeitraum beobachtet werden. Der Träger von diesen Rollen sei das „außenpolitische relevante Kollektiv“, also die Regierung bzw. der Staat (Kirste/Maull 1996: 288). Die Einstellungs- und Verhaltensmuster der Repräsentanten des deutschen Staates, die sich durch Handlungen und Aussagen von Regierungspolitikern erfassen lassen, geben Auskunft darüber, welche Rolle der chinesische Staat (*other*) für Deutschland (*self*) im Verlauf des Untersuchungszeitraums einnimmt – Freund, Rivale oder Feind?

2.4 Hypothese

Über den Zusammenhang zwischen *geoökonomischen Interessen* (Y) und den *deutsch-chinesischen Beziehungen* (X) sollen mit Hilfe der ergründeten Theorien nun Hypothesen aufgestellt werden. Es lässt sich vermuten, dass die geoökonomischen Interessen der beiden Länder aufgrund von Luttwaks (1990) angenommener Nullsummen- und Konkurrenzlogik in Staatenbeziehungen nicht miteinander vereinbar sind. Deutschland braucht eine freie Wirtschaftsordnung, China möchte diese zu seinen Gunsten verändern. Deutschland sieht Europa als Hauptabsatzmarkt seiner Exporterzeugnisse, China möchte zunehmend in diesen Markt eintreten. Deutschland will einer der führenden Technologiestandorte und wettbewerbsfähige Exportnation bleiben, ebenso will China seine Wirtschaft auf innovative Technologiegüter umstellen und international wettbewerbsfähig machen. Es ist anzunehmen, dass eine Bedrohung der eigenen geoökonomischen Interessen zu einer Veränderung der Wahrnehmung des anderen Staates und zu einer anderen Rollenzuschreibung führen wird – von Freund zu Feind.

Folglich verschlechtern sich die Beziehungen. Damit lässt sich folgende Hypothesen H1 formulieren:

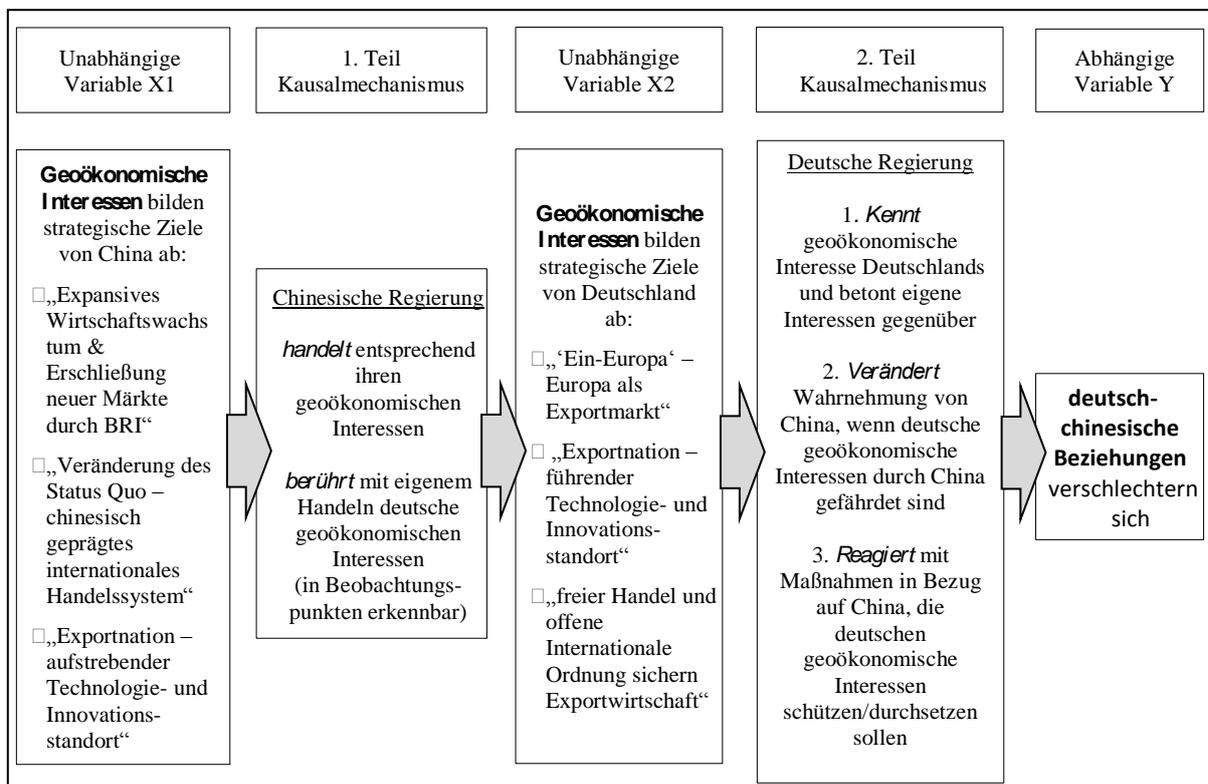
Wenn konkurrierende geökonomische Interessen Deutschlands und Chinas aufeinandertreffen, dann verschlechtern sich ihre bilateralen Beziehungen.

Die Hypothese soll auf das Vorliegen eines Kausalmechanismus geprüft werden, bei dem *geökonomische Interessen* (X) einen negativen Einfluss auf die *deutsch-chinesischen Beziehungen* (Y) haben. Die konkurrierende Hypothese H2 wird als Nullhypothese formuliert, die bestätigt würde, wenn der KM nicht vorliegt:

Wenn konkurrierende geökonomische Interessen Deutschlands und Chinas aufeinandertreffen, hat dies keine negativen Auswirkungen auf ihre bilateralen Beziehungen.

2.4.1 Kausalmechanismus

Abbildung 1: Kausalmechanismus zwischen geökonomischen Interessen und den deutsch-chinesischen Beziehungen



(Quelle: Eigene Darstellung)

Aus dem KM ergeben sich Vorhersagen (V), die anhand der Empirie in Kapitel 4 getestet werden sollen. Der KM ist folgendermaßen ausgestaltet (s. Abb.1): Im ersten Teil des KM handelt die chinesische Regierung, die wegen des staatskapitalistischen Systems als Einheit aus Wirtschaft und Staat verstanden werden kann, ihren geoökonomischen Interessen nach (V1). Das chinesische Regierungshandeln hat dabei Auswirkungen auf die deutschen geoökonomischen Interessen, was in bestimmten Schlüsselereignissen (Beobachtungspunkte in Kapitel 4) erkennbar wird (V2). Deutsche Regierungspolitiker, die die Ziele des Staates formulieren und ihr Handeln entsprechend ausrichten, *kennen* (instrumentalisiert durch die Wirtschaft, vgl. Kapitel 2.1) erstens die deutschen geoökonomischen Interessen und *betonen*, wenn diese die Durchsetzbarkeit ihrer geoökonomischen Interessen durch chinesischen Einfluss gefährdet sehen, die eigenen geoökonomischen Interessen (V3). Zweitens *verändert* sich negativ die Wahrnehmung der Rolle Chinas in den Beziehungen zu Deutschland oder ist von einem negativen Rollenbild geprägt (V4). Drittens *reagieren* deutsche Regierungspolitiker mit Maßnahmen auf chinesische Politik, die deutsche geoökonomische Interessen durchsetzen oder schützen sollen (V5). Aus diesen drei Vorhersagen ergibt sich eine Verschlechterung der deutsch-chinesischen Beziehungen.

3 Methode

In diesem Kapitel werden die methodischen Grundannahmen beleuchtet, indem zunächst ontologische und epistemologische Fundierungen der Methodik der Prozessanalyse erläutert und das Vorgehen der *systematic process analysis*, welche in dieser Arbeit Anwendung findet, beschrieben werden. Es wird dargestellt, wie Beobachtungspunkte, in denen die unabhängige Variable *geoökonomische Interessen* (X) vorherrschend ist, was den Vorhersagen V1–2 des Kausalmechanismus entspricht, ausgewählt worden sind. Anschließend wird darauf eingegangen, welche Hinweise die Vorhersagen V3–5 bestätigen und somit kausale Schlüsse über eine Veränderung der abhängigen Variablen *deutsch-chinesische Beziehungen* (Y) zulassen sollen. Das Forschungsdesign dieser Arbeit und die Methode sind x-zentriert ausgelegt. Es wird untersucht, welche kausale

Erklärungskraft die unabhängige Variable *geoökonomische Interessen* (X) auf die unabhängige Variable, den Fall der *deutsch-chinesischen Beziehungen* (Y), hat (vgl. Gschwend/Schimmelfennig 2007: 21–22).

3.1 Die Prozessanalyse

Im Gegensatz zu quantitativen Untersuchungen hat die Prozessanalyse zum Ziel, keine Korrelationen zwischen zwei Variablen festzustellen, sondern ein tiefgehendes und umfassendes Verständnis von kausalen Zusammenhängen zwischen zwei Phänomenen des Untersuchungsgegenstandes zu entwickeln (Beach/Peterson 2013: 1). Insbesondere in der Politikwissenschaft erfreut sich die Prozessanalyse aus diesem Grund zunehmender Popularität, um fallzentriert kausale Prozesse und Interaktionen zwischen zwei Variablen detailliert nachzuzeichnen (Blatter et al. 2007: 157). Trotz einer Vielzahl an verschiedenen *process tracing* Varianten (s. Trampusch/Palier 2016) verstehen Beach und Peterson (2013: 1) die Methode der Prozessanalyse allgemein als das Aufspüren von kausalen Mechanismen. Ein *causal mechanism* ist nach Seawright und Collier folgendermaßen definiert:

A link or a connection in a causal process. In the relationship between a given independent variable and a given dependent variable, a causal mechanism posits additional variables, sometimes called intervening variables, that yield insight into how the independent variable actually produces the outcome, including the sequence through which it occurs. Compared to the original causal relationship that the scholar is considering, the causal mechanism is often located at a more fine-grained level of analysis (Seawright/Collier 2007: 277 zit. n. Blatter et al. 2007: 133).

Nach Blatter et al. (2007: 133) stellt die Suche nach einem KM den Versuch dar, die sogenannte „Black Box“ zwischen den Variablen X und Y zu öffnen. Der Forscher nehme dabei die Rolle eines Detektivs ein und sammle Indizien für die kausale Wirkung von X auf Y, um den aus der Theorie entwickelten Mechanismus in der Empirie aufzuspüren. In Bezug auf Beach und Peterson (2013: 31) werden *intervening variables* in der Definition von Seawright und Collier als notwendige Teile des gesamten kausalen Mechanismus verstanden und nicht als zwischengeschaltete Variable, die auf die Korrelation zwischen

X und Y wirken. Ein KM sei vergleichbar mit einer mechanischen Maschine, bei der jedes Teil funktionstüchtig an Ort und Stelle sein muss, damit die erdachte Wirkung eintritt (Beach/Peterson 2013: 29). Ontologisch ergibt sich ein deterministisches Verständnis von Kausalität. Entweder liegt jedes Teil des Mechanismus vor, was als starker Hinweis für die Existenz des gesamten Mechanismus gelten darf, oder es werden Hinweise gefunden, dass einzelne Teile nicht vorhanden sind und der gesamte Mechanismus nicht vorliegt (Beach/Peterson 2013: 32).

Im Sinne von Blatter et al (2007: 125) können kausalanalytische Schlussfolgerungen nach der *congruence methode* getroffen werden, wenn Kongruenz zwischen beobachtenden Handlungen und Reaktionen von Akteuren in der Empirie und den Vorhersagen aus der Theorie besteht, die im kausalen Mechanismus festgeschrieben sind. Gerade bei Einzelfallstudien sei dieses Kausalverständnis fast unausweichlich, da lediglich ein einziger Fall untersucht wird und daher keine statistische Auswertung möglich ist (Blatter et al. 2007: 125). Die Empirie wird in Form von sogenannten *causal process observations* erfasst, die definiert werden als „an insight or piece of data that provides information about context, process, or mechanism, and that contributes distinctive leverage in causal interference“ (Seawright/Collier 2004: 283 zit. n. Blatter et al. 2007: 135). Einigkeit bestehe darüber, dass Einzelfallstudien zwingend aus mehr als einer solchen Beobachtung bestehen müssen, da erst dann ein zeitlicher Verlauf und die Veränderung der abhängigen Variabel darstellbar ist (Blatter et al. 2007: 125; 135).

3.1.1 Aufspüren und Testen des Kausalmechanismus – *systematic process tracing*

Die prozessanalytische Herangehensweise dieser Arbeit beruht auf der Methode der *systematic process analysis* von Peter Hall (2008) und der sehr ähnlichen *congruence methode*, die nach Trampusch und Palier (2016: 444) deduktiv und durch eine deterministische Logik von Kausalität charakterisiert sind. Der Methode von Hall können vier Anwendungsschritte zugeschrieben werden: *Theorieanordnung*, *Hypothesen aufstellen*, *Beobachtungen* machen und *Schlüsse ziehen* (Trampusch/Palier 2016: 444)

Die ersten beiden Schritte der Methode finden sich im Kapitel 2 wieder, in dem die Theorie der Geoökonomie genutzt wurde, um geoökonomische Interessen von Deutschland und China herauszustellen, eine Hypothese zwischen geoökonomischen

Interessen und den deutsch-chinesischen Beziehungen zu entwickeln und Vorhersagen dieser Hypothese in einem KM zu formulieren. Im folgenden Kapitel 4 werden Beobachtungen über die Existenz des kausalen Mechanismus gesammelt, bevor in einem zweiten Schritt nach Hall (2006: 28) bewertet wird "if the multiple actions and statements of the actors at each stage of the causal process are consistent with the image of the world implied by the theory". Das Kausalitätsverständnis der Methode beruht also, wie im oberen Abschnitt erläutert, auf der Prüfung von Kongruenz zwischen theoretischer Vorhersage und gewonnener Beobachtung aus der Empirie (Trampusch/ Collier 2016: 445).

Nach Van Evera (1997) und Collier (2011) soll mit vier verschiedenen Tests im Anwendungsschritt *Schlüsse ziehen* getestet werden, wie stark die beobachteten empirischen Hinweise den vorhergesagten KM bestätigen (s. Abb. 2). Die Vorhersagen V3-5 des KM stellen verschiedene Testhürden für die Bestätigung der Hypothese H1 (s. Kapitel 2.4) dar. Van Evera (1997: 33) schreibt den Vorhersagen dafür einen bestimmten Grad an Einzigartigkeit (*uniqueness*: „[D]o other theories or explanations predict the same result?“) und Gewissheit (*certitude*: „Is the prediction certain, in other words, is it un-equivocal?“) zu. Vorhersagen, die einen geringen Grad an Einzigartigkeit und Gewissheit für die vorhergesagte Theorie besitzen, stellen für die Hypothese einen sogenannten *straw-in-the-wind*-Test dar. Werden Hinweise für diese Vorhersage gefunden, bekräftigen diese die Relevanz der Hypothese, bestätigen sie aber nicht. Dieser Test ist weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für die Hypothese, sondern bildlich nur ein Halm, der vom Wind in die richtige Richtung geweht wird. Die Vorhersage V3, dass deutsche Regierungspolitiker, die eigenen geoökonomischen Interessen stärker betonen, soll als ein *straw-in-the-wind* gelten. Denn auch andere Theorien erklären, dass eigene Interessen stärker betont werden und Politiker sich aus mehreren Gründen entscheiden können, eigene Präferenzen öffentlich nicht zu artikulieren.

Vorhersagen, die einen geringen Grad an Einzigartigkeit für die Theorie, aber eine hohe Eintrittsgewissheit besitzen, stellen einen *hoop*-Test für die Theorie dar. Sie müssen überwunden werden, weil ansonsten die Hypothese verworfen werden muss. Sie sind

folglich eine notwendige Bedingung¹ für die Theorie. Die negative Veränderung und eine überwiegend von dem Bild der Rivalität und Feindseligkeit geprägte Wahrnehmung von China (V4) soll als hoop-Test gelten. Diese Vorhersage besitzt einen hohen Grad an Eintrittsgewissheit, weil die meisten Arten von Konflikten zu einer Feind- bzw. Rivalitätswahrnehmung des Gegenübers (*other*) führen. Jedoch ist sie zu einem geringen Grad einzigartig, da auch andere Konflikte – nicht nur geoökonomische, z.B. ideologischer Natur – zu einer Wahrnehmungsänderung oder Rivalen- und Feindwahrnehmung führen können.

Der *smoking-gun*-Test stellt eine hinreichende Bedingung² für die Theorie dar und gilt für Vorhersagen, die einzigartig sind, aber wenig Gewissheit des Eintretens besitzen. Nach der Logik einer hinreichenden Bedingung wäre z.B. ein Verdächtiger, der mit einer qualmenden Waffe am Tatort gefunden worden ist, eine starke Bestätigung für die Hypothese, dass er der Mörder ist. Ein Verdächtiger, der ohne qualmende Waffe am Tatort erwischt wird, ist jedoch nicht automatisch kein Mörder. Wenn der Test scheitert, muss die Hypothese also nicht verworfen werden, sie ist allerdings geschwächt. Wenn es Hinweise dafür gibt, dass von deutscher Seite nach einem Ereignis mit Maßnahmen zur Durchsetzung deutschen geoökonomischen Interessen reagiert wurde, soll dies eine *smoking-gun* darstellen. Maßnahmen von deutscher Seite, als Reaktion auf chinesisches geoökonomisches Handeln, sind eine Vorhersage mit einem hohen Grad an Einzigartigkeit für die geoökonomische Theorie. Wenn Deutschland auf das Handeln der chinesischen Regierung mit „weapons of commerce“ reagiert, stellt dies eine Zunahme von konfliktreichem wirtschaftlichem Handeln nach Luttwaks (1990: 17) Theorie der Geoökonomie dar und ist im Zuge großen Handelsaustausch zwischen Deutschland und China durch z.B. die liberale Interdependenz Theorie schwierig zu erklären. Die deutsch-chinesischen Beziehungen würden sich eindeutig verschlechtern. Werden sowohl der *smoking-gun*-Test, als auch der hoop-Test bestanden (*Double-decisive-Test*), bestätigt es die Hypothese und alternative Hypothesen müssen verworfen werden (vgl. Van Evera 1997: 30–34; vgl. Collier 2011: 824–826).

¹ $P \leftarrow Q$: (Nur) Wenn X, dann Y (aber evtl. auch nicht). P ist eine *notwendige Bedingung* für Q (Golecki/Jungman 1990: 8)

² $P \rightarrow Q$: Wenn P, dann sicher Q (aber evtl. auch sonst). P ist eine *hinreichende Bedingung* für Q (Golecki/Jungman 1990: 7)

Abbildung 2: Hypothesen-Tests des Kausalmechanismus

		hinreichende Bedingung für kausalen Zusammenhang	
		Nein	Ja
notwendige Bedingung für kausalen Zusammenhang	Nein	<p><i>straw-in-the-wind</i></p> <p>Regierungspolitiker betonen im Zeitraum des Beobachtungspunktes deutsche geoökonomische Interessen (V3).</p> <p>bestanden: bestätigt Relevanz der Hypothese</p> <p>nicht bestanden: Hypothese ist nicht eliminiert, aber etwas geschwächt</p>	<p><i>smoking-gun</i></p> <p>Die deutsche Regierung reagiert mit politischen Maßnahmen, um deutsche geoökonomische Interessen durchzusetzen (V5).</p> <p>bestanden: bestätigt Hypothese</p> <p>nicht bestanden: Hypothese ist nicht eliminiert, aber geschwächt.</p>
	Ja	<p><i>hoop</i></p> <p>Regierungspolitiker ändern negativ ihre Wahrnehmung von China (V4).</p> <p>bestanden: bestätigt starke Relevanz der Hypothese</p> <p>nicht bestanden: Hypothese ist eliminiert</p>	<p><i>double-decisive</i></p> <p><i>smoking-gun</i>-Test und <i>hoop</i>-Test sind bestanden.</p> <p>bestanden: bestätigt Hypothese und eliminiert andere</p> <p>nicht bestanden: eliminiert Hypothese</p>

(Quelle: Eigene Darstellung nach Collier (2011: 825) und Van Evera (1997: 31–34))

3.2 Wie wird die unabhängige und abhängige Variable erfasst?

3.2.1 Fallauswahl geoökonomischer Interessensausübung (X)

In Kapitel 4 werden Schlüsselereignisse analysiert, die als Beobachtungspunkte sogenannte *crucial cases* von chinesischem geoökonomischen Regierungshandeln darstellen und im KM in Vorhersage V1 formuliert sind. Diese Art der Auswahl von Beobachtungspunkten zeichnet sich dadurch aus, dass in den Schlüsselereignissen die Existenz des KM bereits vermutet wird und diese somit für die Überprüfung der Hypothese besonders relevant sind (Blatter et al. 2007: 176). Da durch diese Arbeit zunächst nur die generelle Existenz und Funktion des Zusammenhangs zwischen geoökonomischen Interessen und den deutsch-chinesischen Beziehungen geprüft werden soll, sind Beobachtungspunkte in denen im Vorhinein die Vorhersagen V1–2 nicht existieren, nicht geeignet für die Untersuchung. Zeigt sich, dass die Vorhersagen V3–5 nicht zutreffen, kann jedoch auch geschlussfolgert werden, dass womöglich V1–2 nicht implizit im Beobachtungspunkt gegolten haben. Die geoökonomischen Interessen Chinas (V1) und mögliche Konflikte mit deutschen geoökonomischen Interessen (V2) werden jeweils zu Beginn des Beobachtungspunktes geschildert, wobei auf die theoretisch herausgearbeiteten geoökonomischen Interessen Chinas und Deutschlands aus Kapitel 2.2

eingegangen wird. Die Beobachtungspunkte umfassen (1) die offizielle Verkündung der BRI und die Zugstrecke Duisburg-Chongquin im Jahr 2013 und 2014, (2) die Übernahme des Hafens von Piräus durch COSCO im Jahr 2016, (3) die Übernahme von Kuka durch Midea im gleichen Jahr, (4) den 16+1 Gipfel im Jahr 2017 und die Zugstrecke Budapest-Belgrad sowie (5) den Beitritt Italiens zur BRI und Griechenlands Absicht dem 16+1 Gipfel beizutreten im Jahr 2019. Die fünf Beobachtungspunkte erstrecken sich über die letzten sieben Jahre, wodurch ein Verlauf der deutsch-chinesischen Beziehungen erkennbar wird.

3.2.2 Erfassung der deutsch-chinesischen Beziehungen (Y)

Um die Vorhersagen V3–4 *Betonung von deutschen geoökonomischen Interessen* und die *negative Wahrnehmungsänderung von China* zu erfassen, sollen Aussagen von Regierungspolitikern in Bezug auf die Beobachtungspunkte analysiert werden. Für das Untersuchungsdesign ist es dabei wichtiger, qualitativ zu betrachten, welche Regierungspolitiker wann was gesagt haben, als eine reine quantitative Zählung der Begriffe vorzunehmen. Zur Erfassung der Wahrnehmungsänderung wurden im iterativen Prozess Aussagen anhand von Codes, die sich auf die Bedingungen des jeweiligen Typus beziehen, wie in Tabelle 1 dargestellt, der Freund-, Rivale- und Feind-Typologie nach Wendt (s. Kapitel 2.3), zugeordnet. Die Codes werden dabei in dem wirtschaftlichen Kontext verstanden, in dem sie in den Aussagen eingebettet sind. Hinweise zu den Vorhersagen V1, V2 und V5 werden vor allem aus Veröffentlichungen der Ministerien, Fachpublikationen, Interviews und Zeitungsartikeln sowie weiteren Medien generiert.

Tabelle 1: Codierung und Zuordnung von Aussagen deutscher Regierungspolitiker zu staatlichen Beziehungstypen

Typ der Beziehung	Merkmale der Beziehung n. Wendt	Begriffe und Codes in Aussagen	Beispiel
Freund	gegenseitige Hilfe zur Abwendung von Gefahr; keine Gewalt gegeneinander	Freundschaft; Enge/Tiefe der Partnerschaft/ Beziehung; Zusammenarbeit; Vertrauen Einigkeit, Betonung des Gemeinsamen	„In den 40 Jahren unserer bilateralen Beziehungen haben Deutschland und China einen intensiven, vertrauensvollen politischen Dialog aufgebaut. [...] Europa hat eine große Verantwortung in der Welt. Und Deutschland kennt seine Verantwortung für Europa. Und wir sind dankbar dafür , dass auch China in der Krise Verantwortung übernimmt [...]. Lang lebe die chinesisch-deutsche Freundschaft .“ (Westerwelle 2012d)
Rivale	prinzipielles Existenzrecht wird anerkannt; limitierte Gewaltausübung gegenüber dem anderen Staat	Strategie; Abhängigkeit; Wettbewerber; Dominanz; negative Auswirkungen für dt. Wirtschaft; Betonung der Andersartigkeit; Augenhöhe/Reziprozität; Selbstbewusstsein;	„Angsthasen genießen keinen Respekt in China, und Liebedienerei wird sogar verachtet. China braucht und will uns, und wir brauchen und wollen China. Unser Ziel ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe . Auf meiner China-Reise werde ich mit meinen chinesischen Kollegen besprechen, wie dort Marktbeschränkungen und Investitionsbarrieren für deutsche Unternehmen abgebaut werden können.“ (Gabriel 2016b)
Feind	Nichtanerkennung des souveränen Existenzrechts; Existenzgefährdende Gewaltausübung	(Handels-)Krieg; Kampf; Militärische/ martialische Sprache (Opfer bringen, Kollateralschaden etc.); starke Betonung der Rivalität/Konkurrenz	„ Chinas Staatskapitalismus verhindert zunehmend einen fairen Wettbewerb. Im Handelskrieg zwischen den USA und China droht Europa, zum Kollateralschaden zu werden.“ (Maas 2018b)

(Quelle: Eigene Darstellung nach Wendt (1999))

4 Analyse

In der Analyse werden fünf verschiedene Beobachtungspunkte untersucht, bei denen als *crucial cases* chinesischer geoökonomischer Interessenausübung zu vermuten ist, dass sie die Voraussagen V1 und V2 beinhalten. Jeweils wird das Ereignis, das als Beobachtungspunkt gelten soll, beschrieben und Deutschlands und Chinas angenommene Interessen geschildert, um die Konkurrenz ihrer geoökonomischen Interessen herauszustellen. Nachstehend werden Aussagen deutscher Regierungspolitiker jeweils im Zeitraum und in Bezug auf das Ereignis wiedergegeben, um die Voraussage V3 und V4 (s. Kapitel 2.4.1) zu überprüfen. Anschließend wird auf Reaktionen und Maßnahmen

eingegangen, die Hinweise darstellen können, dass die Bundesregierung auf geoökonomisches Handeln von China reagiert, wie von Voraussage V5 beschrieben. Abschließend wird am Ende eines jeden Beobachtungspunkts auf die Hypothesentests eingegangen (s. Kapitel 3.1.1), die letztlich den kausalen Zusammenhang der unabhängigen und abhängen Variable überprüfen.

4.1 Duisburg und die Seidenstraße

Beobachtungspunkt. Der Start der BRI und der Besuch des chinesischen Präsidenten in Duisburg soll als erster Beobachtungspunkt gelten, da Chinas geoökonomisches Interesse durch die offensichtlich angestrebten Marktzugänge in Westeuropa und die Kooperationen mit geographischen Schlüsselorten wie Duisburg in Deutschland erstmalig einer großen Öffentlichkeit erkennbar wurde. Die Bedeutung von Deutschland für die BRI zeigte sich im März 2014 als der chinesische Staatspräsident Xi Jinping den Duisburger Hafen zusammen mit deutschen Politikern besuchte. Zuvor hatte Xi im September 2013 bei einer Rede an der kasachischen Nazarbayev University erstmalig das Konzept der BRI erwähnt, woraus in den folgenden Monaten die Leitlinie chinesischer Außenpolitik wurde (State Council 2015a). Der Duisburger Hafen wurde daraufhin schnell als ein zentraler End- und Knotenpunkt der „Neuen Seidenstraße“ in Europa erkannt, da bereits seit 2011 eine Verbindung zwischen dem weltweit größten Containerbinnenhafen in Duisburg und Chongqing in Westchina besteht (Voigt 2015).

Chinas Interessen. Die BRI ist für die Führungsebene der KPCh eines der wichtigsten innen- und außenpolitischen Projekte (s. Kapitel 2.2.2). Der Duisburger Hafen sei „Tor zu den westeuropäischen Märkten“ (Link zit. n. Lokalkompass 2015), wie der Duisburger Oberbürgermeister beim Besuch von Xi sagte und ist deshalb nach Wermke (2019) strategisch wichtig, um über den schnelleren Landweg chinesische Güter an Konsumenten in Mitteleuropa und zu den Hafenknotenpunkten in Hamburg und Rotterdam zu bringen. Zudem zeigte Xi’s Besuch die symbolische Bedeutung einer direkten Schienenanbindung nach Deutschland, das in Europa Chinas wichtigster Handelspartner ist (Voigt 2015).

Deutschlands Interessen. Duisburgs regionale Wirtschaft profitiert größtenteils von der Schienenanbindung nach Asien (Eberl 2018). Zwar berührt der Start der BRI Deutschlands geoökonomischen Interessen zunächst nur indirekt, dennoch stellt der Beginn der BRI einen wichtigen Analysepunkt für den Verlauf der deutsch-chinesischen Beziehungen dar. Godehardt (2014: 30) analysiert, dass China mit der BRI, die mit der Zugverbindung nach Duisburg erstmalig in Deutschland erkennbar wird, seinen Anspruch als globale Macht über Asien hinaus und als wirtschaftlicher Akteur im Großraum Eurasien manifestiert.

Aussagen. Im Zeitraum der offiziellen Verkündung der BRI und des Staatsbesuchs von Xi beziehen sich nur wenige Aussagen deutscher Regierungspolitiker direkt auf die BRI und die Zugverbindung Duisburg-Chongqing. Äußerungen aus dem Jahr 2012 des ehemaligen Außenministers Guido Westerwelle geben jedoch Hinweise auf die Wahrnehmung der Bundesregierung von China und der deutsch-chinesischen Beziehungen. Mitte 2012 hebt Außenminister Guido Westerwelle auf einem CDU-Asien-Kongress die „strategische Partnerschaft“ mit China hervor, die „weit über die dynamischen Wirtschaftsbeziehungen“ hinausgehe und bezeichnet die bilateralen Beziehungen als „dicht“ und „substanzreich“ (Westerwelle 2012a). Bei den Wirtschaftstagen des Botschafterkongresses 2012 spricht Westerwelle (2012b) davon, dass Deutschland mit China „die Zusammenarbeit auf allen Feldern weiter intensivieren“ möchten. Im September 2012 bekräftigt Westerwelle in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, dass Deutschland großes Interesse daran habe, dass China in Deutschland und Europa investiere, sowie Staatsanleihen kaufe und dass „wirtschaftliche handfeste Investitionen stattfinden“ (Westerwelle zit. n. Dedjen 2012). Im Oktober 2012 werden die deutsch-chinesischen Beziehungen um den Begriff einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“ erweiterte, was „Ausdruck einer neuen Qualität unserer Beziehungen mit China“ sei, schreibt Westerwelle (2012c) zum 40-jährigen Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China. In einer Rede zum gleichen Anlass, betont Westerwelle, dass die Interessen an „offenen Handelswegen“ und „freiem Handel“ Deutschland und China vereinen würden. Deutschland sei dankbar dafür, „dass auch China in der Krise Verantwortung übernimmt“, womit Westerwelle Käufe von

Staatsanleihen europäischer Staaten mit hoher Haushaltsverschuldung meinte. Westerwelle schließt seine Rede mit: „Lang lebe die chinesisch-deutsche Freundschaft“ (Westerwelle 2012d).

Im März 2014, circa ein halbes Jahr nach der Verkündung der BRI und während des Staatsbesuchs von Xi, haben die deutsch-chinesischen Beziehungen laut Bundesregierung „in der Dichte der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit ein hohes Niveau erreicht“ (BPA 2014). Außenminister Frank-Walter Steinmeier (2014a) sagte anlässlich einer Rede zu den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen 2014, dass Deutschland Chinas wirtschaftlichen sowie politischen Aufschwung „mit großem Respekt, mit Sympathie und Zuversicht“ begleite. Beide Wirtschaften teilten ein „gemeinsames Interesse“ und seien angewiesen auf eine „friedliche, offene und vor allem: regelbasierte Welt“. Im September des gleichen Jahres, in der Rede zum Haushalt 2015, verwies Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (2014) jedoch darauf, dass die EU und die Eurozone Deutschlands wichtigste Exportpartner seien - und nicht China. Auch Außenminister Steinmeier (2014b) erkannte im November 2014: „Volkswirtschaften wie China [...] fordern *unsere* [Hervorhebung. des Verfassers] Wettbewerbsfähigkeit heraus“, da sie zunehmend auf Forschung und Entwicklung setzten (Steinmeier 2014b). Im Juli 2015 hebt Michael Roth (2015), Europastaatssekretär im Auswärtigen Amt, beim Branchenforum der deutschen Chemie hervor, dass China „während der Euro-Krise ein hilfreicher Partner“ gewesen sei, der durch „seine stabilisierenden Anleihekäufe, aber auch als ausgleichender Exportmarkt“ in Deutschland zum Erhalt vieler Arbeitsplätze beigetragen habe.

Folgen. Die EU stellte im Jahr 2015 die EU-China Konnektivitätsplattform und einen neuen europäischen Investmentplan vor, an dem sich Deutschland zusammen mit Frankreich als größter Finanzier mit acht Mrd. Euro beteiligt (EK 2015). Harnisch (2017: 5) und Schüller & Schüller/Zhou (2015: 1) analysieren, dass die EU-Konnektivitätsplattform, die auch auf Drängen der Bundesrepublik geschaffen wurde, besonders einer Abstimmung der europäischen und chinesischen Interessen diene, um Synergien zwischen der BRI und EU-Investmentplan zu ermöglichen. Bundeskanzlerin Merkel (2015a) sieht im Jahr 2015 in der EU-Konnektivitätsplattform eine „Antwort“ von Seiten

der EU auf die BRI, jedoch habe die Seidenstraße im Gegensatz zur EU-Initiative einen „schönen Klang“, weshalb sie weiter diesen Namen verwenden wolle. Die Ziele der EU-Konnektivitätsplattform und Merkels Äußerungen geben einen Hinweis, dass im Jahr 2015 Deutschland die EU-Konnektivitätsplattform mit dem Ziel weiterer wirtschaftlicher Kooperation mit China unterstützte und nicht als eine gerichtete Maßnahme *entgegen* Chinas Expansion einsetzte (Harnisch 2017: 17).

Tests. Der Beobachtungspunkt besteht den straw-in-the-wind-Test, weil das damals von deutscher Seite als gemeinsam wahrgenommenes Interesse nach einem offenen internationalen Handelssystem von Steinmeier, im Zeitraum des Beobachtungspunktes, akzentuiert wird (s. Anhang Z. 16). Durch die starke Betonung gemeinsamer (geoökonomischer) Interessen und der Bedeutung der deutsch-chinesischen Beziehungen ist in Westerwelles Aussagen vor dem Beobachtungspunkt eindeutig die Wahrnehmung von China als Freund vorherrschend (s. Anhang Z. 5–13). Gegen Ende 2014 wird China von Steinmeier (2014b) als Konkurrenz für die eigene Wettbewerbsfähigkeit wahrgenommen und Gabriel (2014) stellt die EU in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Beziehungen (s. Anhang Z. 19, 20). An den Aussagen von Roth (2015), Merkel (2015a) und Steinmeier (2016) ist jedoch erkennbar, dass die Beziehungen zu China von der Bundesregierung auch nach Xi's Besuch und dem Start der BRI immer noch als überwiegend freundschaftlich wahrgenommen werden (s. Anhang Z. 29–31, 38, 41). Der hoop-Test ist damit nicht bestanden. Deutschlands starke finanzielle Beteiligung bei der EU-Konnektivitätsinitiative kann nicht als smoking-gun gewertet werden, weil es in den Äußerungen z.B. der Bundeskanzlerin keine Hinweise auf die Durchsetzung deutscher geoökonomischer Interessen gibt, sondern die reine wirtschaftliche Kooperation in den Vordergrund gestellt wird (s. Anhang Z. 40). Der smoking-gun-Test wird folglich nicht bestanden. Insgesamt kann in dem Beobachtungspunkt kein kausaler Zusammenhang zwischen geoökonomischen Interessen und den deutsch-chinesischen Beziehungen gefunden werden, da zu wenige Hinweise die Voraussagen des KM bestätigen.

4.2 Die Übernahme des Hafens von Piräus

Beobachtungspunkt. Im April 2016 wurde die staatseigene griechische Hafenbetreibergesellschaft, Piraeus Port Authority, im Zuge der Privatisierung von Staatseigentum nach der Finanzkrise zur Mehrheit von der China Ocean Shipping Company (COSCO) übernommen, einem chinesischem Staatunternehmen mit Sitz in Shanghai. Der Hafen von Piräus liegt im Westen der griechischen Hauptstadt Athen und ist im Jahr 2016 der acht größte Hafen Europas gewesen. Durch seine Nähe zum Suezkanal ist Piräus ein günstig gelegener Handelsplatz, um Waren aus China und Asien umzuschlagen (Notteboom 2017). Der Deal über 51 Prozent der Anteile belief sich auf nur 280 Mio. Euro. Bereits im Jahr 2008 wurde ein Teil des Hafens über 35 Jahre an COSCO verpachtet. Die neue Investition im Jahr 2016 ist Teil der BRI, weshalb dem Hafen die symbolische Bezeichnung „Kopf des Drachen“ zugeschrieben wurde (DW 2016, Brînză 2016). Nach Albert (2019) gehört Piräus damit zu einer Reihe von Häfen, die entlang der „Neuen Seidenstraße“ in Besitz von China gebracht worden sind, und markiert durch die Übernahme strategischer wirtschaftlicher Infrastruktur einen Fall, der Chinas gezielte geoökonomischen Ambitionen in Europa erkennen lässt.

Chinas Interessen. Chinas Staatsreederei COSCO, dessen Vorstandsdirektoren alle Funktionärsposten der KPCh bekleiden, wird mit den Investitionen in Griechenland nachgesagt, strategische und politische Ziele zu verfolgen (Kadritzke 2018, COSCO 2019). Piräus ist nach dem Einsteigen COSCOs zu einem der schnellst wachsenden Häfen in Europa geworden. Das Institute for Economics International Relations aus Athen (2017: 7) sieht in Chinas Investitionen das Ziel chinesischen Firmen, Marktzugänge zur Balkanregion und darüber hinaus bis nach Nordeuropa zu sichern. Vom Hafen in Piräus und über Verkehrsrouten durch den Balkan könnten zukünftig chinesische Waren Mitteleuropa und den Hamburger Hafen fünf Tage schneller erreichen (Zacharakis 2018). Weitere Investitionen z.B. in der Logistikbranche und Versorgungsinfrastruktur in Griechenland, die meist von staatseigenen chinesischen Unternehmen getätigt werden, zeichnen ein größeres Bild von chinesischen Übernahmen und dem angestrebten Einfluss in Griechenland. So wurden 2016 von der *State Grid Corporation of China* (SGCC) 24

Prozent des griechischen Energieversorgers IPTO übernommen und COSCO erwog eine Übernahme des griechischen Eisenbahnunternehmens TrainOSE (IIER 2017: 25, 32).

Deutschlands Interessen. Im Jahr 2017 gingen nur 0,41 Prozent der deutschen Exporte nach Griechenland (BMW 2018), dennoch läge Griechenlands Verbleib in der EU und damit die Stabilität des Euro „im Interesse von Deutschland“ wie der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble im August 2015 sagte (BPA 2015a). Die Regeln und Bedingungen für den Verbleib Griechenlands im Euroraum, die maßgeblich vom deutschen Finanzminister durchgesetzt wurden, garantierten letztlich Deutschlands internationale Exportfähigkeit (s. Kapitel 2.2.1). Dass auch China erheblichen Druck auf Griechenland und andere EU-Staaten ausüben kann, zeigte sich als 2017 eine gemeinsame, kritische EU-Erklärung zu den territorialen Streitigkeiten im Südchinesischen Meer durch ein Veto Griechenlands verhindert wurde (Welt 2016, Merics 2018). Nicht-europäische Investoren könnten Griechenlands Bindung an EU-Institutionen lockern, da chinesische Investitionen zunehmend politische Hebelwirkung besitzen, wie von Gabriel (2018b) nach seiner Amtszeit am Beispiel des Hafens von Piräus erläutert. Deutschlands Einfluss in der EU und Eurozone, über die es seine geoökonomischen Interessen wie z.B. ein einheitliches Europa durchsetzt, könnte bei stärkerem chinesischem Einfluss somit relativ sinken.

Aussagen. Griechenlands wirtschaftliche Situation wurde zu einem Hauptthema deutscher Europapolitik während der Euro- und Finanzkrise. Am Beispiel Griechenlands unterstrich Merkel (2015b) in ihrer Regierungserklärung im Jahr 2015 die Bedeutung der offenen Binnengrenzen und einer gemeinsamen Währung, von denen Deutschland am meisten profitiere. In der Bundestagsdebatte zum dritten Hilfspaket unterstrich Gabriel (2015), dass Deutschland seine „Stärke [...] nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Europa“ einsetzen müsse, weil Deutschland wie kein anderes Land von Europa profitiere. Gleichzeitig forderte Gabriel (2015) deutsche Unternehmen dazu auf, in Griechenland zu investieren. Im konkreten Bezug auf China, sind die meisten Aussagen vor der Übernahme des Hafens übermäßig positiv. Im Zeitraum vor der Hafenübernahme hob Merkel (2015a) im Oktober 2015 den Beitrag Chinas zur Bewältigung der Eurokrise hervor

und erfreute sich über den „schönen Klang“ der Seidenstraße, sowie die baldige bessere Anbindung von osteuropäischen Staaten zum asiatischen Raum (BPA 2015b).

Ab dem Spätjahr 2016 und im Zeitraum nach der Hafenübernahme von Piräus verändern sich die Aussagen über China. Markus Ederer (2016), Staatssekretär im Auswärtigen Amt, erwähnte die Sorgen, dass Chinas „win-win“ Leitprinzip der BRI in dem Sinne wahrgenommen werde, dass China zweimal gewinne und die BRI ein Mittel sei, einseitige wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten zu schaffen. Im Frühjahr 2017 forderte Gabriel (2017b), dass Deutschland und Europa einen „eigenen strategischen Blick“ auf China entwickeln sollten, da auch China eine Strategie habe. In einem Interview bekräftigte Gabriel, dass es wichtig sei, verstärkt Investitionen in Europa zu tätigen, da Deutschlands wirtschaftliche Interessen in Europa lägen, wohin 60 Prozent der deutschen Exporte gingen. Dies sei auch als Teil einer China und Asien-Strategie zu verstehen (Gabriel zit. n. /Stratmann 2017). Im Juli 2017 bekräftigte Gabriel (2017c), dass es im deutschen Interesse sei, „in die Europäische Union zu investieren, weil das unser vitales Interesse ist“. Gabriel (2017c) warnte zudem vor naiven Blicken auf die BRI, die er als „geopolitische, kulturelle, ökonomische und am Ende im Zweifel auch militärische Strategie, der wir bislang nichts entgegenzusetzen haben“ bezeichnete und verlangte von China eine „Ein-Europa-Politik“ zu betreiben, die die EU nicht spalte. China sei „Handelspartner, aber eben auch Wettbewerber“ fasste Gabriel (2017a) Deutschlands Position gegenüber China auf der Sicherheitskonferenz im Frühjahr 2017 zusammen.

Folgen. Beim Belt-and-Road Forum 2017 begrüßte Brigitte Zypries, Gabriels Nachfolgerin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), zwar, dass der „Ausbau der Infrastruktur zum gegenseitigen ökonomischen Nutzen“ aller Staaten sei, unterschrieb dann aber geschlossen mit den anderen EU-Staaten die Abschlusserklärung des Gipfels nicht (BMWi 2017, Pfalzgraf 2017). Im Juni 2016 reiste Gabriel zusammen mit einer 40-köpfigen Wirtschaftsdelegation, zeitlich kurz nach der verkündeten Übernahme des Hafens durch COSCO, nach Griechenland, um seine Aufforderung nach Investitionen von deutschen Unternehmen in Griechenland zu unterstützen (BMWi 2016b). Ausländische Direktinvestitionen (FDI) aus Deutschland stiegen von 2016 auf 2017 um über 20 Prozent an und machten den größten Anteil ausländischer Investitionen in

Griechenland aus (Bank of Greece 2017). Im Jahr 2017 sicherte sich ein privates Konsortium aus der Investorengesellschaft „Deutsche Invest Equity Partners“ sowie einem Französischen und Griechischem Unternehmen 67 Prozent der Hafenerbetreibergesellschaft von Thessaloniki, einem Hafen, der geostrategisch ähnlich gelegen ist wie Piräus und an dem auch COSCO Interesse zeigte (HRADF 2017, Bellos 2017). Im gleichen Jahr übernahm der Flughafenbetreiber Fraport, an dem das Land Hessen zu einem Drittel Anteilseigner ist, 14 Regionalflughäfen für rund 1,2 Mrd. Euro aus griechischem Staatsbesitz (Fraport 2017). Die Übernahmen könnten einen Hinweis darstellen, dass Fraport und das Konsortium, das den Hafen von Thessaloniki übernahm, Gabriels Aufrufen in Griechenland zu investieren ‚folgte‘.

Tests. Der straw-in-the-wind-Test kann als bestanden gelten, da gerade das „vitale“ deutsche Interesse an Europa in Bezug auf Deutschland als Exportnation im Zeitraum des Beobachtungszeitpunktes von den Politikern der Bundesregierung betont wird (s. Anhang Z. 35, 38, 72) Im Jahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016 wird China von den deutschen Regierungspolitikern in Bezug auf Griechenland freundschaftlich als Partner wahrgenommen, der Deutschland dabei unterstütze eine Bedrohung, die Eurokrise, abzuwenden (s. Anhang Z. 31, 48). In der zweiten Hälfte von 2016 und im Jahr 2017 zeichnen die Aussagen des Wirtschaftsministers jedoch ein Bild, bei dem Europa von der chinesischen BRI bedroht werde. In den Aussagen deutscher Regierungspolitiker ist zunehmend die Wahrnehmung Chinas als Rivale vertreten (s. Anhang Z. 68, 72, 76) Der hoop-Test gilt in dem Beobachtungspunkt deshalb als bestanden. Die Hinweise auf Reaktionen der Bundesregierung sind zwar ein starkes Indiz, dass die Bundesregierung Investitionen deutscher privater Unternehmen in Griechenland als Mittel ansah, um die Gefahr für Deutschlands geökonomisches Interesse an Europa abzuwenden. Ob Investitionen auch auf Grund des chinesischen geökonomischen Handelns in Piräus ausgelöst wurden und wie stark der Anteil der Bundesregierung an Investitionsentscheidungen von deutschen Unternehmen war, bleibt ungewiss. Der smoking-gun-Test wird deshalb nicht bestanden.

4.3 Die Übernahme von Kuka

Beobachtungspunkt. Ende Juni 2016 wurde öffentlich bekannt, dass einer der weltweit führenden Roboterhersteller, die KUKA AG, durch den chinesischen Elektronikhersteller Midea übernommen wurde. Das auf Industrieroboter und Automatisierungstechnik für die Groß- und Autoindustrie spezialisierte Augsburger Unternehmen beschäftigte zu diesem Zeitpunkt weltweit rund 12.600 Mitarbeiter und hatte einen Umsatz von circa 3 Mrd. Euro (KUKA AG 2016). Der Kaufpreis von 95 Prozent der Anteile an dem Unternehmen belief sich auf geschätzte 4,5 Mrd. Euro und war eine der finanzschwersten und von Öffentlichkeit sowie Politik meist beobachteten Übernahmen eines deutschen Unternehmens durch einen chinesischen Investor (Handelsblatt 2016). Aus geoökonomischer Perspektive ist die Übernahme besonders wegen der Rolle der Unternehmen als „Instrumente und Instrumentalisierte“ des Staates untersuchenswert. Luttwak (1990: 22) nennt explizit (s. Kapitel 2.1) Übernahmen in wichtigen Technologiesektor durch staatlich subventionierte Unternehmen als Instrument in einer geoökonomischen Ära. Im Fall Kuka spiegelt sich darüber hinaus wider, dass der geographische Standort von Know-how für Staaten ein strategischer Faktor ist, um den ökonomischen Erfolg der nationalen Wirtschaft zu sichern.

Chinas Interessen. Die Midea Group, die neben Haushaltselektronik inzwischen auch in Industrie- und Automatisierungsrobotik expandiert, befindet sich zum größten Teil in privatem Besitz des Mitgründers He Xiangjian und ist ein an der Börse in Shenzhen notiertes, chinesisches Unternehmen. Unter den Anteilseignern befinden sich jedoch staatseigene chinesische Investment- und Finanzunternehmen (Midea Group 2019). Mideas Investitionsstrategie konzentriert sich zunehmend auf Hightech-Produktionstechnik und befindet sich im Einklang mit dem „Made in China 2025“-Plan der chinesischen Regierung (Mercis 2016). Midea stellt zwar keinen verlängerten Arm der chinesischen Regierung dar, fungiert jedoch im Sinne von Luttwak als Mittel des Staates, um seine Interessen durchzusetzen. Der Mitgründer von Midea erhielt unlängst eine Auszeichnung der chinesischen Regierung als einer von Einhundert herausragenden Persönlichkeiten, die große Leistungen für das chinesische Volk erbracht haben (The Standard 2018). Chinas Regierung sieht beispielsweise eine Priorität darin, Unternehmen

gezielt zu unterstützen, die im Sinne von Chinas „Made in China 2015“-Plan handeln. Die Firmenübernahme von Kuka durch Midea unterstützt unzweifelhaft die Ambition der chinesischen Regierung, in Segmenten wie z.B. Robotik und energiesparenden Fahrzeugen zu einer „leading manufacturing power“ zu werden (State Council 2015b).

Deutschlands Interessen. Im Merics (2016: 54) Report zu Chinas „Made in China 2025“ Plan heißt es, dass Kuka für Deutschland in der Industrie 4.0 Strategie als innovationsreiches Unternehmen eine entscheidende Rolle spielen, um die deutsche Industrie international wettbewerbsfähig und zukunftsfähig zu halten. Ein Wissenstransfer von Kuka zu Midea könne aus einer strategischen Perspektive Deutschlands Stellung im Robotiksegment schaden (Merics 2016: 54). Deutschlands „Position als führender Industrie 4.0-Ausrüster der Welt“ (BMW 2019d) und das Interesse daran, Exportnation und Technologiestandort zu bleiben, ist somit durch Chinas eigene Ambitionen und geoökonomisches Handeln gefährdet.

Aussagen. Im Zeitraum vor der Übernahme von Kuka betonten Regierungspolitiker Deutschlands geoökonomische Interessen, jedoch vor allem in Bezug auf chinesische Stahl-überkapazitäten auf den Weltmärkten und forderten faire internationale Handelsregeln. In ihrem Video-Podcast im Februar 2016 hob Merkel (2016a) die Bedeutung von „über 20 Prozent industrieller Wertschöpfung in Deutschland“ hervor, die jedoch „Jahr für Jahr erkämpft werden“ müsse. Zudem fragte sie „wie viel Innovationskapazität bleibt in Europa, wie viel bleibt in Deutschland“ angesichts von Ländern wie China, die mehr als eine Milliarde Einwohner haben. Der damalige Wirtschaftsminister Gabriel sagte in einem Interview hinsichtlich Chinas Rolle auf dem Stahlmarkt, dass offene Märkte nicht missbraucht werden dürften und fairer Handel „keine Einbahnstraße“ darstelle (Gabriel zit. n. Meinke 2016). Ähnlich äußerte sich im März 2016 Machnig, Staatssekretär im BMWi (2016a), dass die Sicherstellung von „fairen Wettbewerbsbedingungen“ von zentraler Bedeutung sei, vor allem für die strategische Stahlindustrie, die mit dem Maschinen- und Anlagenbau eng verzahnt sei. Auf dem Stahl-Aktionstag sprach Gabriel (2016a) davon, dass niemand einen „Handelskrieg mit China“ suche, und fügte hinzu: „Aber wir müssen auch unsere Interessen wirksam verteidigen!“. Bei ihrer China-Reise im Juni 2016 akzentuierte Merkel die Einschränkung

für deutsche Banken, nur Anteile in Höhe von 20 Prozent an chinesischen Unternehmen kaufen zu können, während in es in Deutschland z.B. keinen Joint-Venture -Zwang gebe (BPA 2016).

In Bezug auf den Fall Kuka kritisierte Gabriel nach der Übernahme im Oktober 2016 das chinesische Vorgehen als unfairen Wettbewerb und verlangte Reziprozität, die zwischen beiden Ländern bei Marktzugangschancen und Behandlungen von Unternehmen gelten müsse (Bollmann/Kloepfer 2016). An dem Fall Kuka, bei dem sich nach Aussage Gabriels kein europäischer Kaufinteressent wegen überhöhter Preise finden ließ, verdeutlichte der Wirtschaftsminister, dass, gerade wenn „Sicherheitsfragen“ berührt seien und aus „industriestrategischem Interesse“ investiert werde, man sich vor unfairem Wettbewerb besser schützen müsse (Gabriel zit. n. Bollmann/Kloepfer). In einem Artikel in der Welt schrieb Gabriel (2016b), dass China auf dem Weg sei, die globale Wertschöpfungskette zu „erobern“. Er verwies darauf, dass Deutschland „als Ausrüster der Welt mit Investitionsgütern“ auf Spielregeln angewiesen ist, an die sich „alle in gleicher Weise halten“ und mahnte, dass Europa ein „Foulspiel von Handelspartnern“ nicht hinnehmen könne (Gabriel 2016). Zustimmend äußerte sich auch Gabriels Nachfolgerin im Wirtschaftsministerium, Brigitte Zypries, die unfaire Wettbewerbsbedingungen „im Zuge einer strategischen Industriepolitik“ kritisierte, besonders dann, wenn diese „durch staatliche Stellen im Ausland subventioniert oder gelenkt werden.“ (Zypries z. n Dams 2017). Im Handelsblatt (2017) wird Staatssekretär Machnig circa ein Jahr nach der Übernahme zitiert, dass es „keine von Staaten gelenkten, subventionierten Ausverkauf von Schlüsseltechnologieunternehmen“ geben dürfe. Im Juli 2018 beschreibt Merkel (2018) die Übernahme von Kuka als „kulturelle Herausforderung“ und kündigt an, dass die Bundesregierung eine „Antwort“ finden werde, wenn bei Übernahmen „kernstrategische Sicherheitsinteressen in Deutschland betroffen“ seien.

Folgen. Im Zeitraum nach der Übernahme von Kuka reagierte die Bundesregierung restriktiver auf Übernahmeveruche von deutschen Unternehmen, die Infrastruktur bereitstellen und von „industriestrategischen“ Interesse sind. Im Frühjahr 2018 verhinderte die Bundesregierung den Erwerb von Anteilen am Energieunternehmen 50hertz, das im Stromnetzausbau tätig ist, durch den chinesischen Staatskonzern SGCC.

Aus einer Anfrage der FDP-Fraktion an die Bundesregierung geht hervor, dass der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier den Vorstandsvorsitzenden der Elia Group, einem belgischen Stromkonzern und dem größten Anteilseigner von 50hertz, aufforderte von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und 80 Prozent an dem Unternehmen zu erwerben. Die restlichen 20 Prozent wurden, als auch diese von SGCC übernommen werden sollten, auf Wunsch der Bundesregierung von der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) übernommen (Sigmund/Stratmann 2018, BT 2018). Ähnliches geschah bei dem westfälischem Unternehmen Leifeld, das Metalle für Auto- und Kraftwerke produziert, als die Bundesregierung die Übernahme durch einen chinesischen Investor 2018 stoppte (Schwenn et. al 2018). Im Dezember 2018 legte die Bundesregierung schließlich eine Novellierung der Außenwirtschaftsordnung vor, die dem Bund eine Prüfung und Untersagung von Anteilsübernahmen ab zehn Prozent erlaubt, wenn „relevante Sicherheitsinteressen“ betroffen sind (BMW 2018). Zudem setzte sich das BMW nach Zypriens Aussage bereits ab April 2017 für härtere europäische Regeln bei der Investitionsschutzprüfung auf EU-Ebene ein, wofür sich im Mai 2018 auch das europäische Parlament aussprach (Doll et. al. 2017, EP 2018). In einer Pressemitteilung ließ die EU Kommission im März diesen Jahres veröffentlichen, dass ab April 2019 ein neuer europäischer Rechtsrahmen in Kraft trete, der strategische Interessen besser schütze und garantiere „dass Investitionen aus Ländern außerhalb der EU tatsächlich in unserem Interesse“ seien, wie Jean-Claude Juncker betonte (EK 2019a). Berichte darüber, dass auch das Wirtschaftsministerium und das Kanzleramt vor der Übernahme versuchte ein Gegenangebot durch z.B. den schwedischen Roboterhersteller ABB oder durch Siemens zu organisieren, zeigen, dass die Bundesregierung Kuka eigentlich nicht an einen chinesischen Investor verlieren wollte (Knop/Köhn 2016).

Tests. Zwar wird Deutschland von Politikern der Bundesregierung nicht übermäßig häufig als Innovationsstandort und führender Exporteur von Industrietechnologie herausgestellt, dennoch werden im Zeitraum des Beobachtungszeitpunktes von China faire Handelsregeln und gleiche Bedingungen bei Investitionen eingefordert, womit der straw-in-the-wind-Test als bestanden angesehen werden kann (s. Anhang Z. 65–67, 78, 81). Die Forderungen nach einem selbstbewussteren Auftreten *gegenüber* China, sowie die

Verwendung einer Sprache, die China als gegnerischen Spieler („Foulspiel“) beschreibt, lässt auf eine Wahrnehmungsänderung schließen, die China zunehmend als Kontrahenten und Rivalen bewertet. Gabriel benutzt nach der Übernahme zunehmend z.B. in Bezug auf die Stahlüberkapazitäten eine martialische Sprache, die mit Bildern der Konkurrenz arbeitet und auf eine stärkere Feindwahrnehmung Chinas schließen lässt. China „erobert“ die globale Wertschöpfungskette, die EU habe „Zähne gezeigt“ und ein „Warnschuss sei sicher ein Mittel der letzten Wahl“ (s. Anhang Z. 63, 65). Der Beobachtungspunkt bestätigt die Vorhersage V4 und das Bestehen des hoop-Tests erfüllt die notwendige Bedingung für den kausalen Zusammenhang. Der Versuch, die Übernahme von Kuka zu verhindern bzw. Kuka in europäischer Hand zu behalten, kann als starker Hinweis für eine Reaktion der Bundesregierung auf das geoökonomische Handeln Chinas gewertet werden. Zudem verschärfte das BMWi (2018) darauffolgend die Außenwirtschaftsverordnung, wofür die Kuka-Übernahme als stärkster Anlass gelten kann, und verhinderte beabsichtigt, dass chinesische Firmen Anteile an „sicherheitsrelevanten“ Unternehmen in „sensiblen Bereichen“ akquirierten. Der Beobachtungspunkt besteht insofern den smoking-gun-Test für die Vorhersage V5.

4.4 Der 16+1 Gipfel und die Zugverbindung Belgrad–Budapest

Beobachtungspunkt. Beim CEEC-China-Gipfel in Budapest im November 2017 verkündete die ungarische Regierung offiziell eine Ausschreibung zum Ausbau des ungarischen Teilstücks der Zugstrecke zwischen Budapest und Belgrad, obwohl eine Vereinbarung über das Projekt zwischen China, Ungarn und Serbien schon seit 2013 bestand. Kurz darauf wurde bekannt, dass die EU-Kommission den Deal auf die Einhaltung von EU-Vergaberecht prüfe (Beesley et. al 2017, Weidenfeld 2018). Seit 2012 findet der China-Mittel-Osteuropa Gipfel zwischen China und den sogenannten *Central and Eastern European Countries* (CEEC) statt, der auch als 16+1 Gipfel bezeichnet wird und auch im Rahmen der BRI in erster Linie dazu dient, Infrastruktur- und Investitionsprojekte zwischen China und den CEE-Staaten auszuhandeln. Aus geoökonomischer Perspektive ist der Schlüsselgipfel 2017 und der damit verbundene Deal über die Zugstrecke ein bedeutsamer Beobachtungspunkt, weil Investitionen aus China nicht nur mit Mitteln des Europäischen Fond für regionale Entwicklung und europäischen Bauprojekten konkurrieren, sondern auch ein institutionalisiertes Gesprächsforum geschaffen wurde, das unter anderem aus Berlin und Brüssel als negativ für die Einheit der EU wahrgenommen wird (Turcsanyi 2017, Rüger 2019).

Chinas Interessen. Die 350 Kilometer lange Strecke zwischen Budapest und Belgrad gilt als Teil der BRI und soll zu einer Schnellstrecke ausgebaut werden, sodass sich die Personen- und Gütertransportzeit von den Häfen in Griechenland nach Zentraleuropa erheblich verkürzt. Der ungarische Teil soll von dem chinesischen Staatsunternehmen *China International Railway Cooperation* ausgeführt und von der *China Exim Bank* finanziert werden (Beesley et al. 2017, Joo 2019). Kritik an dem Format des 16+1 Gipfel gibt es, da die Gipfel vorrangig China nützten. China versuche, die EU bei wirtschaftlichen Kooperationen mit osteuropäischen Staaten zu umgehen und auszuspielen (Hansen 2018). Weidenfeld (2018) vermutet deshalb, dass China nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgt, sondern eine regionale Fragmentierung der EU für die Durchsetzung seiner Interessen in Kauf nimmt.

Deutschlands Interessen. Für Deutschland wird durch den 16+1 Gipfel, als regionales Gegenformat zur EU, die Einigkeit und Handlungsfähigkeit der EU bedroht. Dies wurde beispielsweise erkennbar, als im Jahr 2017 Ungarn eine EU-Erklärung zur Menschenrechtslage in China blockieren wollte (Böge et al. 2018, Scheuer 2015). Zudem gehen Deutschlands Exporte zum Großteil in die EU und bleiben durch ein gemeinsames EU-Regelwerk, z.B. zu öffentlichen Vergabeverfahren, wie sie gerade bei Infrastrukturprojekten essentiell sind, wettbewerbsfähig. Ein Anteil von 15,18 Prozent³ der deutschen Exporte geht in diejenigen mittel- und osteuropäischen Staaten, die Teil des CEEC-China-Gipfels sind. Diese könnten zusammen mit dem „Made in China 2025“-Plan zu stärkerer Konkurrenz für deutsche Exporte führen (vgl. Geinitz 2017, vgl. Steinmetz/Pauly 2019).

Aussagen. Der 16+1 Gipfel wurde bereits vor dem Schlüsselgipfel 2017 von deutschen Politikern kritisch gesehen. Dennoch sagte Merkel (2016b) auf einer Pressekonferenz 2016 in Beijing, dass sie sich bei der Zugherstellung gemeinsame Projekte zwischen China und Deutschland in Drittstaaten vorstellen könne. Im November 2016 verwies Ederer (2016) bei der Rede zur BRI darauf, dass auf Grundlage von transparenten und öffentlichen Vergabeverfahren darüber entschieden werden müsse, ob eine Zugstrecke von einer chinesischen oder europäischen Firma gebaut werde. Ansonsten würde der „win-win“ Charakter der BRI verloren gehen (Ederer 2016). Er bezog sich damit offenbar schon auf die Strecke zwischen Budapest und Belgrad. Im März 2017 nennt Außenminister Gabriel (2017b) den 16+1 Gipfel einen Grund für Europa, mehr Selbstbewusstsein zu entwickeln, da auch „andere“ (gemeint war China) gegenüber der EU Interessen selbstbewusst verfolgten.

Im Jahr 2018, nach dem Schlüsselgipfel Ende 2017, richteten sich Aussagen von deutschen Regierungspolitikern zum 16+1 Gipfel klarer gegen China und es wurde direkt vor einer Spaltung der EU gewarnt. Im Mai 2018, bei einem Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten, bezeichnete Merkel EU-Projekte als „im Wettbewerb“ mit dem chinesischen Projekt zwischen Sarajewo und Budapest (BPA 2018b). Zuvor bestand sie im Februar bei einer Pressekonferenz mit dem serbischen Ministerpräsidenten darauf, dass

³ Eigene Berechnung auf Grundlage des BMWi

„Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die in dieser Initiative sind, außenpolitisch mit uns eine gemeinsame Chinapolitik vertreten. Ansonsten ließe sich die Europäische Union auseinanderdividieren“ (BPA 2018a). Gabriel (2018a) sagte im Februar desselben Jahres, dass China nicht dafür verantwortlich sei, wenn es den Europäern nicht gelänge, eine Schnellstrecke zwischen Belgrad und Budapest zu bauen, und sie es stattdessen „den Chinesen überlassen“. Man müsse deshalb den Balkanstaaten und Osteuropa „ganz konkret attraktive alternative Angebote“ machen (Gabriel 2018a). Gabriels Nachfolger Heiko Maas führte im August 2018 anlässlich der rumänischen Botschafterkonferenz fort, dass „subregionale Formate“, wie der 16+1 Gipfel, keine „wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten schaffen“ und die EU nicht spalten dürften. China müsse mit einer gemeinsamen Politik begegnet werden, damit China „uns als Partner auf Augenhöhe“ wahrnimmt (Maas 2018a). Maas (2018a) forderte, dass „ein souveränes und starkes Europa sich auch vor Spaltung von außen wappnen“ müsse, da China klare „machtpolitische Ambitionen“ in Mittel- und Osteuropa verfolge. Roth (2019) betonte Ende Mai 2019: „die Anbindung der Region liegt im europäischen, vor allem aber deutschen Interesse. Schließlich ist der Westliche Balkan der Innenhof des europäischen Hauses“, deshalb dürfe das Feld nicht anderen Akteuren, wie z.B. China überlassen werden.

Folgen. Besonders die im Frühjahr 2019 vorgestellte „Nationale Industriestrategie 2030“ des BMWi kann auch als Reaktion auf den Beobachtungspunkt gesehen werden. Darin heißt es in Bezug auf China, dass es „offenbar Strategien rascher Expansion mit der klaren Zielrichtung, neue Märkte für die eigene Volkswirtschaft zu erobern [...]“ gäbe (BMWi 2019c: 8). Der „Spielraum des Staates für aktive und aktivierende Gestaltung“ müsse bei Vorgängen von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung größer werden, wird in dem Papier gefordert (BMWi 2019c: 13). Die Bundesregierung würde sich zudem auch auf europäischer Ebene weiter für eine gemeinsame EU-Industriestrategie einsetzen (BMWi 2019c: 16). Maas (2018b) verkündete im August 2018 bei den Wirtschaftstagen der Botschafterkonferenz die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie und betonte sie in der Haushaltdebatte 2018 (Maas 2018c), die als Gegenmodell zur BRI und dem 16+1-Format den Ländern zwischen China und der EU „Chancen für eigene Wertschöpfung“ gäbe und

die EU nicht spalte. In darauffolgenden Aussagen unterstrich Maas die deutsche Unterstützung und Initiative, die EU-Strategie voranzutreiben, und beschloss persönlich anwesend im Rat der EU die Initiative (FAC 2018). Altmaier erklärte vor seiner Reise zum zweiten Belt-and-Road-Forum 2019, dass die EU die Asien-Konnektivitätsstrategie vorgelegt habe, um den Infrastrukturausbau zwischen Asien und Europa zu thematisieren, der unter Einhaltung von Ausschreibungsstandards erfolgen müsse – möglicherweise eine Anspielung auf die Zugstrecke Budapest-Bukarest (BMW 2019b). Die Bundesregierung unterstütze maßgeblich die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie, um Ländern in Zentralasien Alternativen zur BRI zu bieten, wie aus einer kleinen Anfrage der FDP im Bundestag hervorgeht (BT 2019). Der Bund der deutschen Industrie (BDI), bei dem zu vermuten ist, dass er die Reaktion der Bundesregierung als Interessenverband der Wirtschaft stark leiten kann (s. Kapitel 2.1), reagierte öffentlich im Frühjahr 2019. Im BDI „Grundsatzpapier China“ heißt es, dass „Länder des westlichen Balkans an die EU herangeführt“ werden müssen, da dies „im strategischen Interesse der europäischen Mitgliedsländer und ihrer Wirtschaft“ liegt (BDI 2019: 12). Der BDI fordert darüber hinaus, dass die Europäische Investmentbank in diesen Regionen und außerhalb der EU wie Zentralasien investieren sollte. Als weiterer Hinweis kann gelten, dass Merkel und Altmaier im Frühjahr 2019 darum gerungen haben sollen, die Fusion der Zugsparte von Siemens und dem französischen TGV-Hersteller Alstom bei der Europäischen Kommission, die über das Wettbewerbsrichtlinien in der EU wacht, durchzudrücken, um wie es der Wirtschaftsminister sagte, „europäische Champions, die den Wettbewerb mit Anbietern aus den USA oder aus China [...] gewinnen können“ (Altmaier zit. n. Handelsblatt 2019a), zu schaffen (Heide 2019). Dies ist zum einen kohärent mit dem Inhalt der „nationalen Industriestrategie 2030“, in der nationale und europäische Champions gefordert werden, und lässt sich als klare Handlung gegenüber China lesen, dessen Konkurrenz durch die Zugstrecke in Osteuropa und durch den „Made-in-China 2025“-Plan der Bundesregierung stark bewusst wurde. Auch Merkel (2019b) äußerte sich beim Tag der deutschen Industrie 2019 positiv über eine Fusion der beiden europäischen Zughersteller in Bezug auf die Konkurrenz aus China.

Tests. Der Beobachtungspunkt besteht den straw-in-the-wind-Test, da in Aussagen von deutschen Regierungspolitikern in Bezug auf den 16+1 Gipfel häufig vor einer Spaltung

der EU gewarnt und für ein geeintes Europa geworben wird (s. Aussagen 102, 109, 138, 140). In den meisten Aussagen der Außenminister nach dem CEEC-China-Gipfel 2017 ist die Wahrnehmung Chinas als Rivale vorherrschend. China habe als einziges Land eine echte „geopolitischen Strategie“ (Gabriel 2018a) und betreibe „geostrategische Machtspiele“ (Maas 2019b). Maas und Gabriel betonen zunehmend die chinesische Konkurrenz und fordern ein gemeinsames Handeln gegenüber China. Merkels Äußerungen geben zusätzlich einen Hinweis darauf, dass deutsche Regierungspolitiker nach dem Schlüsselgipfel 2017 China zunehmend unter dem Vorzeichen der Konkurrenz wahrnehmen (s. Anhang Z. 50, 102, 124). Der hoop-Test kann somit als bestanden angesehen werden. Merkels und Altmaiers Einsatz für einen „europäischen Champion“ im Zugsektor ist zudem kohärent mit ihren Aussagen. Die starke Initiative der Bundesregierung für die EU-Konnektivitätsstrategie und die Erwähnung von Chinas Marktexpansion in der „Nationalen Industriestrategie 2030“ des BMWi können als Hinweise bzw. smoking-guns gelten, dass die Bundesregierung auf Chinas geoökonomisches Handeln in Mittel- und Osteuropa reagierte. Der Test für Vorhersage V5 ist in diesem Beobachtungspunkt somit bestanden.

4.5 Beitritt Italiens und Griechenlands zur Seidenstraße

Beobachtungspunkt. Im Frühjahr 2019 fallen zwei Schlüsselereignisse zusammen. Ende März unterzeichnet Italien als erster G7-Staat eine politische Absichtserklärung zur Kooperation im Rahmen der BRI und der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras nimmt an dem CEEC-China Gipfel 2019 in Dubrovnik teil, wodurch Griechenland seine Absicht zeigt dem 16+1 Format beizutreten. Zusammen mit einem *Memorandum of Understanding* (MuO) zur Kooperation innerhalb der BRI unterzeichnete Italien zudem zehn Wirtschaftsabkommen mit China, die Infrastrukturinvestitionen in Italien und Beteiligungen an italienischen Firmen beinhalten (Seisselberg 2019; Corriere 2019). Hinter Griechenlands Absicht, dem 16+1 Format beizutreten, werden ähnliche wirtschaftliche Motivationen vermutet. Griechenland hofft, der schwächelnden Wirtschaft, ähnlich wie beim Hafen von Piräus geschehen, durch chinesische Investitionen Anschub geben zu können (Hopkins/Hope 2019, State Council 2019). Mit Italien als Gründungsmitglied der

Europäischen Union und Griechenland als bisher größte Volkswirtschaft der BRI-Unterstützer treten wirtschaftlich sowie politisch erstmalig gewichtige westliche Staaten der Initiative und dem 16+1 Format bei und zeigen zugleich, wie Poggetti (2019) schreibt, dass einige europäische Staaten grundsätzlich unterschiedliche Positionen gegenüber China einnehmen, wie z.B. Deutschland und Frankreich. Geographisch rückten Chinas wirtschaftliche Interessen damit noch näher an Mitteleuropa und Deutschland heran (Poggetti 2019).

Chinas Interessen. China nutzt die Vertragsunterzeichnung von zwei großen westlichen Staaten, um das Narrativ und das Ansehen der BRI zu stärken. Ungeachtet dessen besitzt Italien weitere wichtige Häfen in Genua, Venedig und Triest, die Chinas geoökonomischen Ambitionen, am europäischen Markt weiter Zugang zu gewinnen, dienen könnten (Piller 2019). Kavalski (2019) sieht durch Griechenlands Beitritt zum 16+1 Gipfel eine wachsende Legitimität des Formats als mittel- und osteuropäische Alternative zur EU, wodurch China als politische Macht näher an Europa rücke. Arcesati (2019) schreibt, dass Italiens Beitritt die Positionen der EU-Mitgliedsstaaten weiter auseinandertreibt und es China erleichtere, bilaterale Abkommen mit EU-Staaten abzuschließen, da die EU keine gemeinsamen Antworten auf die BRI findet. Italiens Beitritt sei für Chinas geoökonomische Strategie ein voller Erfolg (Arcesati 2019).

Deutschlands Interessen. Deutschlands wirtschaftliche Interessenausübung innerhalb der EU, die maßgeblich durch gemeinschaftliche institutionalisierte EU-Entscheidungen im Sinne des deutschen Interesses geschieht (s. Kapitel 2.2.1), könnte durch das Ausscheren Italiens bei Positionen gegenüber China unsicherer werden. 2017 kündigten Deutschland, Frankreich und Italien gemeinsam an, ihre Überprüfungsmechanismen für ausländische Investitionen zu verschärfen. Mit der neuen italienischen Regierung ab Juni 2018 und dem einflussreichen chinafreundlichen Staatssekretär im italienischen Wirtschaftsministerium, Michele Geraci, änderte Italien jedoch plötzlich seine Position zum FDI Screening (Godement 2018, Follain/Mathieson 2018). Die Bundesregierung könnte ihre geoökonomische Machtstellung in Europa durch geographisches Heranrücken und direkteren Einfluss der chinesischen BRI weiter bedroht sehen, wie der deutsche Außenminister Maas in einem Kommentar in Bezug auf die italienische

Unterzeichnung des MuO zum Ausdruck brachte, als er sagte, dass man „nur gemeinsam mit den anderen Europäern“ gegenüber China die „eigenen Interessen“ behaupten könne (Maas zit. n. Poschardt 2019).

Aussagen. Im Frühjahr 2019 vor der Unterzeichnung des MoU werden vom Auswärtigem Amt Deutschlands Interesse an einer „Ein-Europa-Politik“ (Gabriel 2017c) besonders häufig unterstrichen. Maas (2019a) sagte bei einem Treffen der Generalkonsulate in Dublin, dass sich mit einem „gemeinsamen Geist der Einheit“ ein starkes und souveränes Europa aufbauen lasse, um mit den „wirtschaftlichen und politischen Ambitionen Chinas“ umzugehen. Im Januar 2019 betonte Maas (2019b) in einer Rede beim Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft, dass Deutschlands Handel mit Staaten in Europa den größten Anteil am deutschen Außenhandel habe und der wirtschaftliche Austausch mit den Visegrád-Staaten⁴ sogar den mit China übertreffe. Deshalb müsse die EU Geschlossenheit suchen, um gegen China und Amerika zu bestehen (Maas 2019b). Bei der Sicherheitskonferenz verband Maas (2019c) sicherheitspolitische Auswirkungen mit wirtschaftlichen Ursachen, als er China als „neue Herausforderung“ auf allen Themenfeldern, speziell beim Handel, bezeichnete. In einem Interview im Anschluss an die Sicherheitskonferenz gab er zu bedenken, dass Chinas Unterlaufen der „internationalen Spielregeln [...] die Grundlagen unseres europäischen Friedens- und Wohlstandsmodells“ bedrohe (Maas zit. n. Kombarki 2019). Nils Annen, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, unterstrich die Aussagen von Maas, als er in einer Rede auf dem Außenwirtschaftstag der Medizintechnik sagte, dass „unsere [H. d. V.] ‚Weltpolitikfähigkeit‘ unbestreitbar“ sei (Annen 2019), wenn die Europäer in der Handelspolitik mit einer Stimme sprächen.

Während des Europabesuchs des chinesischen Staatspräsidenten Xi, bei dem er das Abkommen mit Italien unterzeichnete, bekräftigen Maas und Merkel Deutschlands Position. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ sagte Maas, dass Länder in Europa nur bestehen können, wenn „wir [H. d. V.] als EU geeint sind“. Italiens Kooperation mit China kritisierte er, indem er warnte, dass wenn „einige Länder glauben, man kann mit den Chinesen clevere Geschäfte machen, werden sie sich wundern und

⁴ Die Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn werden als Visegrád-Staaten bezeichnet.

irgendwann in Abhängigkeiten aufwachen“, da China „die eigenen Interessen global beinhardt“ verfolge (Maas zit. n. Poschardt 2019). Ungewöhnlich klar positioniert sich auch die Bundeskanzlerin, die über den Regierungssprecher twittern ließ: „China ist strategischer Partner, aber auch strategischer Wettbewerber, mit dem wir in einem Systemwettbewerb stehen“ (@RegSprecher 2019, 21. März).

Nach Italiens BRI-Unterstützung und im Vorhinein des zweiten Belt-and-Road-Forum äußerten sich Altmaier und Maas Ende April 2019 ähnlich deutlich. China sei „ernsthafter Konkurrent für Deutschland und Europa. *Wir* [h. d. Autors] brauchen daher eine klare strategische Ausrichtung gegenüber China, die *unsere* [h. des Autors] wirtschaftspolitischen Interessen berücksichtigt“ sagte Altmaier in einer Pressemitteilung des BMWi (2019b). Er fügte an, dass dafür der Infrastrukturausbau zwischen Europa und Asien wichtig sei und Deutschland auf Innovation, Zukunftstechnologien und Wertschöpfungsketten setzen müsse. In einem Interview kommentierte Altmaier (zit. n. ZDF 2019) Italiens Kooperation mit China, wonach man mit Ländern nun sprechen müsse, die „in Vergangenheit etwas abweichende Auffassungen“ vertreten haben. Europa müsse geschlossen handeln, so Altmaier, wenn es seinen Interessen Gewicht verschaffen wolle. Im Tagespiegel schrieb Maas (2019d) Ende April, dass China mit seinem autoritären Modell und dem Protektionismus, der den Welthandel gefährde, „*unsere* [h. des Autors] liberale Demokratie“ in Frage stelle. Bei einer Rede Ende Mai unterstrich der Außenminister, dass China „seine wirtschaftliche Macht immer offensiver auch als politisches Druckmittel“ in Europa einsetze (Maas 2019e).

Folgen. Italiens Absicht sich der BRI anzuschließen wurde schon seit Ende 2018 vermutet (Poggetti 2018). Hinweise auf deutsche Reaktionen auf diese Ereignisse können deshalb auch vor der offiziellen Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen Italien und China liegen. Im BDI-Grundsatzpapier China von Januar 2019 wird die Bundesregierung und die EU-Kommission aufgefordert eine „langfristig orientierte China-Strategie“ zu entwickeln (BDI 2019: 13). Im Februar kündigte Merkel (2019a) dann in einer Rede beim „Digitising Europe Summit“ an, im Europäischen Rat über den Industriestandort Europa zu diskutieren. Der deutsche EU-Kommissar Günther Öttinger forderte im März ebenfalls eine China-Strategie für Europa und bezog sich explizit auf die Absicht Italiens, China in

seine strategischen Infrastrukturen investieren zu lassen (Handelsblatt 2019b). Im März legte die Hohe Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten einen strategischen Ausblick auf die EU-China Beziehungen mit zehn Handlungspunkten vor. Darin wird in Punkt „Action 10“ mehr Wachsamkeit gefordert bei Investitionen in „critical assets, technologies and infrastructure“ und eine Umsetzung des FDI Überwachungsmechanismus (EK 2019b). In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 21. und 22. März, bei der auch Merckels angekündigte Diskussion über den Industriestandort Europa auf der Tagesordnung stand, heißt es:

Die EU muss ihre Interessen angesichts unlauterer Praktiken von Drittländern schützen und zu diesem Zweck handelspolitische Schutzmaßnahmen und unsere Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge in vollem Umfang nutzen und wirkliche Gegenseitigkeit mit Drittländern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sicherstellen (ER 2019).

Die Position des Europäischen Rates deckt sich mit der Position der Bundesregierung, die im Februar 2019 durch Altmaier zusammen mit der „Nationalen Industriestrategie 2030“ das „Französisch-Deutsche Manifest für eine europäische Industriestrategie“ vorstellte. Darin heißt es unter anderem: „We will only succeed if we are capable of defending our technologies, companies and markets“ (BMW 2019a). Deutschland und Frankreich fordern zudem andere Staaten dazu auf, FDI Mechanismen zu implementieren. „European interests are vulnerable when some Member States do not act in this area“, heißt es in dem Dokument weiter, womit unter anderem Italien gemeint sein könnte, welches seine Position zum FDI-Screening wieder änderte (BMW 2019a). Die Rats-Schlussfolgerung bezieht sich außerdem auf die Einhaltung von EU-Vergaberichtlinien, gegen die bei dem ungarisch-chinesische Zugprojekt, das auf dem 16+1 Gipfel ausgehandelt worden war, verstoßen wurde, und auf den möglichen Beitritt Griechenlands (s. Kapitel 4.4).

Tests. Der Beobachtungspunkt besteht den straw-in-the-wind-Test, da unter anderem Maas Deutschlands Interesse an einem geeinten Europa betont, dass China zunehmend versuche zu spalten (s. Anhang Z. 169, 176, 183). Altmaier bewirbt zudem die Verbesserung Deutschlands industrieller Stärken und Innovationskraft als

Exportwirtschaft und Technologiestandort (s. Anhang. Z. 178). Nach der Unterzeichnung des MuO mit Italien spricht Merkel von einem „Systemwettbewerb“ (@RegSprecher 2019, 21. März) mit China, Altmaier nimmt China als „ernsthaften Konkurrenten“ (BMW 2019b) wahr und Maas sieht China als ein „autoritäres Modell“, das die liberale Demokratie in Frage stellt (s. Anhang Z. 179) und die eigenen Interessen „beinhaltet“ verfolgt (s. A. 174). Der Beobachtungspunkt bestätigt deshalb die Vorhersage für das Bestehen des hoop-Tests. Merkels Aussage, dass sie sich auf EU-Ebene für eine europäische Industriestrategie einsetzen wird, Außenminister Maas' Einsatz für die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie sowie das BDI Grundsatz Papier können als starke Indizien gelten, dass die Bundesregierung die Positionen der EU-Maßnahmen stark beeinflusst hat. Die Position des BMW und der EU-Kommission decken sich entscheidend zum Punkt des FDI-Screenings, das von Italien angezweifelt wurde. Das Papier zur deutschen Industriestrategie des BMW und der strategische Ausblick auf die EU-China-Beziehungen der Kommission formulieren gleichermaßen die Gefahr von ausländischen Investitionen für die europäische Infrastruktur und Schlüsseltechnologien. Der smoking-gun-Test kann in diesem Beobachtungspunkt als bestätigt angesehen werden, weil die Bundesregierung mit nationalen Maßnahmen als auch über europäische Institutionen reagierte, die gegen Chinas geoökonomisches Handeln gerichtet sind und deutsche geoökonomische Interessen durchsetzen sollen.

5 Zusammenfassung und Fazit

Obwohl sich im ersten Beobachtungspunkt der Kausalmechanismus nicht bestätigt, wird deutlich, dass China in den Jahren 2012 bis 2014 als Freund und Partner der Bundesregierung wahrgenommen wird. In diesem Zeitraum spielten die geoökonomischen Interessen für die Beziehungen folglich noch keine Rolle, da in Bezug auf Wendts Typologie China für Deutschland einen Allianzpartner darstellte, der temporär durch Anleihekäufe verschuldeter Eurostaaten half, Deutschlands eigene geoökonomische Interessen eines einheitlichen und stabilen Euroraums durchzusetzen. Der Start der BRI sowie die Bahnlinie nach Duisburg wurden deshalb zunächst als unbedeutend für Deutschlands eigene Interessen und sogar positiv für die wirtschaftliche Kooperation eingestuft. Der zweite Beobachtungspunkt, die Übernahme des Hafens von Piräus, zeigt eine erste Betonung deutscher geoökonomischer Interessen und die Veränderung zu einer neuen Wahrnehmung Chinas als Konkurrenten für Deutschland in Europa. Die vom damaligen Wirtschaftsminister geforderten Investitionen privater deutscher Unternehmen in Griechenland, somit die Verfolgung von strategischen Zielen des deutschen Staates mithilfe privatwirtschaftlicher Akteure, sind Hinweise auf Deutschlands eigenes geoökonomisches Handeln. Inwieweit dieses Handeln eine Reaktion auf die chinesische Übernahme des Hafens darstellt, kann nicht eindeutig geklärt werden, weshalb der KM in dem Punkt nicht eindeutig vorliegt. In den danach folgenden Beobachtungspunkten 4.3, 4.4 und 4.5 werden alle Hypothesen-Tests durch eindeutige Hinweise auf die Vorhersagen des KM bestätigt, so dass in ihnen der KM vorliegt. Die Kuka-Übernahme kann als ein Wendepunkt in den deutsch-chinesischen Beziehungen gelten und führte zu einer starken Veränderung der Wahrnehmung chinesischer Aktivitäten als Konkurrenz zu deutschen Interessen. Bis zu aktuellen Ereignissen in 2019 hat sich diese Haltung nicht geändert, sondern eher verschärft. Der Fall Kuka und die Kooperation zwischen China und Ungarn beim Bau der Zugstrecke zeigten der Bundesregierung zudem, dass China die internationalen und europäischen Handels- und Wettbewerbsregeln zunehmend zu seinem Vorteil ausnutzt. Der vierte und fünfte Beobachtungspunkt bestätigt weiter, dass Deutschland Chinas zunehmende Kooperationen bei Infrastrukturprojekten und Wirtschaftsabkommen mit osteuropäischen

Staaten sowie mit Italien und Griechenland als Gefährdung für die Einigkeit und politische Handlungsfähigkeit der EU gegenüber Staaten wie China einstuft. Die Reaktionen Deutschlands auf das geoökonomische Handeln Chinas können ebenfalls als „economic means of power so as to realize strategic objectives“ (Scholvin/Wigell 2018: 81) angesehen werden und bestätigen die Sichtweise auf Deutschland als geoökonomisch agierenden Staat. Insgesamt ist ein Verlauf der deutsch-chinesischen Beziehungen zu beobachten, der mit dem Wendepunkt 2016 von einer beinahe freundschaftlichen Kooperation in den Jahren zuvor (s. Aussagen in Kapitel 4.1) zu einer von der Bundesregierung offenen und parteiübergreifend formulierten Konkurrenz und Rivalität mit China wechselte (s. Kapitel 4.5).

Ziel der Arbeit war es zu untersuchen, welche Auswirkungen Chinas und Deutschlands geoökonomische Interessen auf die bilateralen Beziehungen der beiden Staaten haben. Die Untersuchung belegt, dass das zunehmend konkurrierende Aufeinandertreffen ihrer geoökonomischen Interessen in Europa ab 2016 entscheidend zu einer Verschlechterung beitrug. Die Dissonanzen offenbarten sich auf deutscher Seite durch eine stärkere Konkurrenz- und Rivalitätswahrnehmung Chinas und durch nationale sowie europäische Gegenreaktionen auf Chinas geoökonomisches Handeln. Die Hypothese H1, die diesen Zusammenhang annimmt, kann somit aufrechterhalten werden und die gegenteilige Hypothese H0 muss verworfen werden.

Für ein tieferes Verständnis des KM und zukünftiger Untersuchungen, ergeben sich aus dieser Arbeit folgende Fragen: Welche Rolle spielt die Europäische Union in der Durchsetzung nationaler und deutscher geoökonomischer Interessen? Zudem könnte z.B. mit Hilfe von Experten-Interviews genauer untersucht werden, wie geoökonomische Interessen die Wahrnehmung deutscher Regierungspolitiker beeinflussen und für ihr Handeln bestimmend sind. Ausgehend von diesen Fragestellungen sind die EU-China Beziehungen aus einer geoökonomischen Perspektive für zukünftige Untersuchungen potenziell erkenntnisreich, um die Interessensartikulation durch die Mitgliedsstaaten und das Zusammenwirken von europäischem und nationalem Handeln gegenüber China genauer zu verstehen. Letztlich sollte auch die theoretische Erklärungskraft der Geoökonomik in Beziehungen zu China konkurrierend zu anderen Theorien getestet werden und die Generalisierbarkeit des KM an weiteren Fällen untersucht werden.

Abschließend zeigt die Arbeit, dass Geoökonomie für zwei der weltweit größten Volkswirtschaften erkennbarer Bestandteil aktueller Politik geworden ist und somit Außenpolitik und internationale Beziehungen zunehmend von strategischer Handels- und Wirtschaftspolitik sowie ökonomischen Instrumenten der Interessenausübung beeinflusst werden.

6 Literaturverzeichnis

- Albert, E. (2019, 11. Mai). China's Global Port Play. *The Diplomat*. <https://thediplomat.com/2019/05/chinas-global-port-play/>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Annen, N. (2019). Grußwort von Staatsminister Niels Annen beim Außenwirtschaftstag Medizintechnik 2019. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/annen-aussenwirtschaftstag/2200740>. Zugegriffen: 14. Juli 2019.
- Arcesati, R. (2019, 04. Mai). China meets tougher EU at annual summit. *MERICS Blog*. <https://www.merics.org/en/blog/china-meets-tougher-eu-annual-summit>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Bai, X. (2013). *Der Wandel der deutsch-chinesischen Beziehungen aus dem Blickwinkel der politischen Kultur von 1900 bis 2009*. Göttingen: Optimus.
- Bank of Greece. (2017). Foreign direct investment in Greece by country. <https://www.bankofgreece.gr/Pages/en/Statistics/externalsector/direct.aspx>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- BDI – Bundesverband der deutschen Industrie e.V. (2019). Grundsatzpapier China. Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um? <https://bdi.eu/media/publikationen/#/publikation/news/china-partner-und-systemischer-wettbewerber/>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Beach, D & Pedersen, R. B. (2013). *Process-Tracing Methods. Foundations and Guidelines*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Beesley, A., Byrne, A., & Kynge, J. (2017, Feb 20). Probe of china-funded european rail link hits xi's hallmark project: 'one belt one road'. *The Financial Times*. <https://www.ft.com/content/003bad14-f52f-11e6-95ee-f14e55513608>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Beeson, M. (2018). Geoeconomics with Chinese characteristics: the BRI and China's evolving grand strategy. *Economic and Political Studies*, 6 (3), 240–256.
- Bellos, I. (2017). Four suitors for Thessaloniki Port, Cosco is not involved. *Ekathimerini*. <http://www.ekathimerini.com/217070/article/ekathimerini/business/four-suitors-for-thessaloniki-port-cosco-is-not-involved>. Zugegriffen: 10. Juli. 2019.
- Blackwill, R., & Harris, J. (2016). *War by Other Means: Geoeconomics and Statecraft*. Cambridge, Massachusetts; London, England: Harvard University Press.

- Blatter, J., Langer, P.C., & Wagemann, C. (2018). *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a). Pressemitteilung. Staatssekretär Machnig begrüßt Mitteilung der EU-Kommission zur Zukunft der Stahlindustrie.
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2016/20160316-staatssekretaer-machnig-begruesst-mitteilung-der-eu-kommission-zur-zukunft-der-stahlindustrie.html>. Zugegriffen: 10. Juli 2019.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2016b). Pressemitteilung. Bundeswirtschaftsminister Gabriel reißt nach Athen.
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2016/20160630-gabriel-reist-nach-athen.html>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2017). Fotoreihe.
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Bildergalerie/2017/20170515-zypries-reist-nach-china.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2018). Fakten zum deutschen Außenhandel.
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deutschen-aussenhandel.html>. Zugegriffen: 29. Jun. 2019.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2018). Artikel. Investitionsprüfung. Novellierung der Außenwirtschaftsordnung 2018.
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/investitionspruefung.html>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2019a). A Franco-German Manifesto for a European industrial policy fit for the 21st Century.
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/F/franco-german-manifesto-for-a-european-industrial-policy.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- BMWi – (2019b). Pressemitteilung. Altmaier reist zur Seidenstraßen-Konferenz nach China.
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190425-altmaier-reist-zur-seidenstrassen-konferenz-nach-china.html>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019b). Nationale Industriestrategie 2030. Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik.
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/nationale-industriestrategie-2030.pdf?__blob=publicationFile&v=24. Zugegriffen: 12. Juli 2019.

- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2019c). Leitbild 2030 für Industrie 4.0. Digitale Ökosysteme global gestalten. <https://www.plattform-i40.de/PI40/Redaktion/DE/Standardartikel/leitbild.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Bollmann, R. & Kloepfer, I. (2016, 31. Okt.). Interview mit Sigmar Gabriel. „Angsthasen nimmt keiner ernst“. FAZ.net. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsminister-sigmar-gabriel-im-interview-14503338.html>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- BPA – Presse und Informationsamt der Bundesregierung. (2014). Gemeinsame Erklärung zum Besuch von Staatspräsident Xi: Schaffung einer umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und China. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gemeinsame-erklaerung-zum-besuch-von-staatspraesident-xi-schaffung-einer-umfassenden-strategischen-partnerschaft-zwischen-deutschland-und-china-411848>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (2015a). Bundestag entscheidet morgen. Griechenlandhilfe: "Das ist europäisches Interesse". <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/griechenlandhilfe-das-ist-europaeisches-interesse--444426>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (2015b). Kanzlerin in China. Merkel: China ist wichtiger Akteur in der Welt. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/merkel-china-ist-wichtiger-akteur-in-der-welt-205100>.
- BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (2016). Mitschrift Pressekonferenz. Eingangsstatement von Bundeskanzlerin Merkel in der 3. Sitzung des Deutsch-Chinesischen Beratenden Wirtschaftsausschusses am 13. Juni 2016. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/eingangsstatement-von-bundeskanzlerin-merkel-in-der-3-sitzung-des-deutsch-chinesischen-beratenden-wirtschaftsausschusses-am-13-juni-2016-847562>. Zugegriffen: 10. Juli 2019.
- BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (2018a). Mitschrift Pressekonferenz. Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-serbischen-praesidenten-aleksandar-vucic-846130>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (2018b). Mitschrift Pressekonferenz. Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik China Li Keqiang. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-ministerpraesidenten-der-volksrepublik-china-li-keqiang-1009170>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.

- BPA – Presse-und Informationsamt der Bundesregierung. (2019). Pressemitteilung. Nummer 245/18 vom 9. Juli. Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1513190/6e1ce8d2dd0e6ad21842cfaa95ba3f23/2018-07-09-erklaerung-regierungskonsultationen-data.pdf?download=1>. Zugegriffen: 21. Juli 2019.
- Brînză, A. (2016, 25. Apr.). How a Greek Port Became a Chinese 'Dragon Head'. The Diplomat. <https://thediplomat.com/2016/04/how-a-greek-port-became-a-chinese-dragon-head/>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- BT – Der Deutscher Bundestag. (2018). Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage der FDP Fraktion. Einstieg der KfW beim Stromnetzbetreiber 50Hertz. Drucksache 19/4195. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/041/1904195.pdf>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- BT– Der Deutscher Bundestag (2019). Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage der FDP Fraktion. EU-Asien-Konnektivitätsstrategie. Drucksache 19/11471 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/114/1911471.pdf>. Zugegriffen: 15. Juli 2019.
- Böge, F., Kafsack, H., Löwenstein, S., Martens, M., & Sattar, M. (2018, 17. Okt.). Chinas macht wächst. Wer anderen eine Brücke baut. FAZ.net. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-china-seinen-einfluss-auf-europa-ausweitet-15532515.html>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Cai, K. G. (2018). The One Belt One Road and the Asian Infrastructure Investment Bank: Beijing's: Beijing's New Strategy of Geoeconomics and Geopolitics. *Journal of Contemporary China*, 27 (124), 838–847.
- Collier, D. (2011). Understanding Process Tracing. *Political Science & Politics*, 44 (4), 823–830.
- Corriere (2019, 12. März). Il Memorandum. Via della Seta, il testo dell'intesa tra l'Italia e la Cina: la versione inglese e la traduzione in italiano. https://www.corriere.it/economia/19_marzo_12/via-seta-testo-dell-intesa-l-italia-cina-versione-inglese-traduzione-italiano-9ea09020-44c2-11e9-b3b0-2162e8762643.shtml?refresh_ce-cp. Zugegriffen: 14. Juli 2019.
- COSCO – COSCO Shipping Lines CO. LTD. (2019). About Us. <http://lines.coscoshipping.com/home/About/about/Lead>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Csurgai, G. (2018). The Increasing Importance of Geoeconomics in Power Rivalries in the Twenty-First Century, *Geopolitics*, 23 (1), 38-46.

- Dams, J. (2017, 16. Juli). So will Zypriens Firmenkäufe durch China erschweren. Welt. <https://www.welt.de/wirtschaft/article166678989/So-will-Zypriens-Firmenkaeufer-durch-China-erschweren.html>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Dedjen, S. (2012, 9. Sept.). „Wir machen eine werteorientierte Außenpolitik“ Guido Westerwelle über den Chinabesuch und eine europäische Verfassung. Deutschlandfunk. https://www.deutschlandfunk.de/wir-machen-eine-werteorientierte-aussenpolitik.868.de.html?dram:article_id=219149. Zugegriffen: 80. Juli 2019.
- Doll, N., Barotte, N. Doncel, L., Mastrobuoni, T. (2017, 2. Apr.). „Ich glaube, dass TTIP nicht tot ist“. Welt. <https://www.welt.de/wirtschaft/article163328885/Ich-glaube-dass-TTIP-nicht-tot-ist.html>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- DW – Deutsche Welle. (2016, 08. Apr.). Hafen von Piräus geht an China. <https://www.dw.com/de/hafen-von-piraus-geht-an-china/a-19173611>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Eberl, J. (2018, 25. Jan.). Handel mit China. Die Seidenstraße endet in Duisburg. Tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/seidenstrasse-107.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Ederer, M. (2016). Rede von Staatssekretär Markus Ederer „China’s Belt and Road Initiative in Context“. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/161109-sts-e-china/285218>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- EK – Europäische Kommission (2015). European Commission - Press release. Investment Plan for Europe goes global: China announces its contribution to #investEU http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5723_en.htm. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- EK – Europäische Kommission. (2019a). Überprüfung ausländischer Investitionen: neuer europäischer Rechtsrahmen tritt im April 2019 in Kraft. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-1532_de.htm. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- EK – Europäische Kommission (2019b). EU-China: A strategic outlook. https://ec.europa.eu/commission/news/eu-china-strategic-outlook-2019-mar-12_en. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- EP – Europäisches Parlament (2018). Pressemitteilung. Schärfere Prüfung ausländischer Investitionen zum Schutz strategischer Interessen der EU. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180528IPR04446/schärfere-prüfung-ausländischer-investitionen-zum-schutz-von-eu-interessen>. Zugegriffen: 08. Juni 2019.

- ER – Europäischer Rat. (2019). Tagung des Europäischen Rates (21. und 22. März 2019) – Schlussfolgerungen. <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2019/03/21-22/>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Erber, G (2013). Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen: Chancen und Risiken für Deutschland, *DIW-Wochenbericht*, Berlin, 80 (41), 9-15.
- FAC – Foreign Affairs Council (2019). Rat "Auswärtige Angelegenheiten", 15.10.2018, Participants. <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2018/10/15/>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- FAZ.net (2019, 18. Feb.). Außenhandelsbilanz 2018: China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutscher-aussenhandel-china-wichtigster-handelspartner-16047020.html>. Zugegriffen: 21. Juli 2019.
- Follain, J. & Mathieson, R. (2018, 04. Okt.). Italy Pivots to China in Blow to EU Efforts to Keep Its Distance. Bloomberg. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-10-04/italy-pivots-to-china-in-blow-to-eu-efforts-to-keep-its-distance>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Fraport. (2017). Fraport Greece übernimmt Betrieb von 14 griechischen Flughäfen. <https://www.fraport.de/content/fraport/de/unternehmen/medien/newsroom/archiv/2017/fraport-greece-uebernimmt-betrieb-von-14-griechischen-flughaefen.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Gabriel, S. (2014). Rede des Bundesministers Gabriel zum Haushalt 2015 im Bundestag. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Reden/2014/20140910-gabriel-haushaltsrede.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Gabriel, S. (2015). Rede. Gabriel zur Entscheidung über ein Verhandlungsmandat zu einem dritten Hilfsprogramm für Griechenland. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Reden/2015/20150717-gabriel-rede.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Gabriel, S. (2016a). Rede des Bundesministers Gabriel auf dem Stahl-Aktionstag in Duisburg. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Reden/2016/20160411-gabriel-auf-dem-stahl-aktionstag-in-duisburg.html>. Zugegriffen: 16. Juli
- Gabriel, S. (2016b, 30. Okt.). „Foulspiel von Handelspartnern nicht mehr dulden“. Welt. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article159141615/Foulspiel-von-Handelspartnern-nicht-mehr-dulden.html>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Gabriel, S. (2017a). Rede von Außenminister Sigmar Gabriel auf der 53. Münchner Sicherheitskonferenz. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/170218-rede-bm-gabriel-muesiko/287944>. Zugegriffen: 18. Juli 2019.

- Gabriel, S. (2017b). Rede von Außenminister Sigmar Gabriel beim 97. „Liebesmahl“ des Ostasiatischen Vereins im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/170324-bm-ostasiatischer-verein/288750>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Gabriel, S. (2017c). Rede von Außenminister Sigmar Gabriel auf der französischen Botschafterkonferenz. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/292142>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Gabriel, S. (2018a). Rede von Außenminister Sigmar Gabriel bei den Handelsblatt Asia Business Insights. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/handelsblatt-business-insights/1674416>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Gabriel, S. (2018b). Meine Rede bei der Generalversammlung des SEV in Athen am 29.05.2018. <https://sigmar-gabriel.de/meine-rede-bei-der-generalversammlung-des-sev-in-athen-am-29-05-18/>. Zugegriffen: 10. Juli 2019.
- Geinitz, C. (2017, 28. Nov.). China weitet seinen Einfluss auf Osteuropa aus. FAZ.net. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/china-und-ungarn-verhandeln-ueber-milliarden-investitionen-in-osteuropa-15313319.html>. Zugegriffen: 14. Juli 2019.
- Golecki, R., & Jungmann, J. (1990). Einführung in die Aussagenlogik. <http://ddi.cs.uni-potsdam.de/HyFISCH/KI/GoleckiAussagenlogik.pdf>. Zugegriffen: 6. Juli 2019.
- Godehardt, N. (2014). Chinas »neue« Seidenstraßeninitiative. Regionale Nachbarschaft als Kern der chinesischen Außenpolitik unter Xi Jinping. SWP-Studie. Juni 2014. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S09_gdh.pdf. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Godement, A. (2018, 21. Nov.). Investment screening: A victory for Europe. European Council on Foreign Relations. https://www.ecfr.eu/article/commentary_investment_screening_china_eu_victory_for_europe. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Guo, Y. (2013). Chinapolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1998 bis 2009. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Hall, P. A. (2006). Systematic process analysis: when and how to use it. *European Management Review*, 3 (1), 24–31.
- Handelsblatt. (2016, 28. Juni). Übernahme durch Midea. Kuka ist sich mit Chinesen einig. https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/uebernahme-durch-midea-kuka-ist-sich-mit-chinesen-einig/13802120.html?nlayer=Organisation_11804700. Zugegriffen: 08. Juli.

- Handelsblatt. (2017, 23. Aug.). Zyprien will EU-Schutzwall gegen China-Übernahmen. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/berlin-macht-druck-in-bruessel-zyprien-will-eu-schutzwall-gegen-china-uebernahmen/20228192.html>. Zugegriffen: 16. Juli 2019.
- Handelsblatt. (2019a, 18. Jan.). Konkurrenz aus China. Altmaier warnt vor Scheitern der Siemens-Alstom-Zugfusion. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/konkurrenz-aus-china-altmaier-warnt-vor-scheitern-der-siemens-alstom-zugfusion/23883390.html?ticket=ST-7628043-NXGbwHnLRuxQzpZkw97u-ap3>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Handelsblatt. (2019b, 24. März). Oettinger fordert Maßnahmen gegen chinesische Infrastruktur-Übernahmen <https://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-kommissar-oettinger-fordert-massnahmen-gegen-chinesische-infrastruktur-uebernahmen/24139214.html?ticket=ST-6140564-dOOLGsFhz3cad7HSZT6U-ap5>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Hansen, S. (2018). Die 16 europäischen Zwerge. Edition Le Monde diplomatique, 23, S. 22–23.
- Harnisch, S. (2017). Deutschlands Politik gegenüber der Belt-and-Road-Initiative der Volksrepublik China 2013-2018. *Asien*. https://www.uni-heidelberg.de/md/politik/harnisch/person/publikationen/harnisch_deutschlands_reaktion_auf_die_seidenstrasseninitiativen_zeitschrift_asien.pdf. Zugegriffen: 08. Juni 2019.
- Heide, D. (2019, 13. März). Siemens und Alstom Fusion. Wie Merkel und Altmaier die Fusion von Siemens und Alstom durchdrücken wollten. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/siemens-alstom-fusion-wie-merkel-und-altmaier-die-fusion-von-siemens-und-alstom-durchdruecken-wollten/24092502.html>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Hopkins, V. & Hope, K. (2019, 11. Apr.). Greece eyes 16+1 group of China and eastern European states. Move comes in spite of European Commission's branding of China as 'systemic rival'. The Financial Times. <https://www.ft.com/content/c098e654-5bfc-11e9-9dde-7aedca0a081a>. Zugegriffen: 15. Juli 2019.
- HRADF – Hellenic Republic Asset Development Fund. (2017). Press Release. <https://www.hradf.com/storage/files/uploads/hradf-press-release-olth24041767601.pdf>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- IIER – Institute of International Economic Relations. (2017). Chinese Investment in Greece and the Big Picture of Sino-Greek Relations. <http://idos.gr/wp->

content/uploads/2017/12/Chinese-Investment-in-Greece_4-12-2017.pdf.
Zugegriffen: 08. Juli 2019.

- IW – Institut der deutschen Wirtschaft. (2018). Die Leistungsbilanz aller Länder im Überblick. <https://www.iwkoeln.de/presse/interaktive-grafiken/beitrag/michael-groemling-die-leistungsbilanz-aller-laender-im-ueberblick.html>. Zugegriffen: 29. Jun. 2019.
- Joo, F. (2019, 29. Apr.). Budapest – Belgrade reconstruction contract to be awarded in May. *International Rail Journal*. <https://www.railjournal.com/regions/europe/budapest-belgrade-reconstruction-contract-to-be-awarded-in-may/>. Zugegriffen: 15. Juli 2019.
- Kadritzke, N. (2018). Projekte in Piräus, Hochzeit in Santorini. *Edition Le Monde diplomatique*, 23, S. 24.
- Kagan, R. (2019). The New German Question. What happens When Europe Comes Apart. *Foreign Affairs*, 98 (3), 108–122.
- Kavalski, E. (2019, 29. März). China's "16+1" Is Dead? Long Live the "17+1." *The Diplomat*. <https://thediplomat.com/2019/03/chinas-161-is-dead-long-live-the-171/>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Kirste, K. & Maull, H. W. (1996). Zivilmacht und Rollentheorie. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3 (2), 283–312.
- Knop, C. & Köhn, R. (2016, 10. Juni). Deutscher Roboterhersteller. Die Kanzlerin reist mit Kuka-Sorgen nach China. *FAZ.net*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/angela-merkel-gegen-chinesische-uebernahme-von-kuka-14278649.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Kombarki, M. (2019). Außenminister Maas im Interview. „Eine Welt ohne Regeln ist eine schlechte Welt“. *Hannoversche Allgemeine*. <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Maas-Eine-Welt-ohne-Regeln-ist-eine-schlechte-Welt>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Kohlenberg, P. J., & Godehardt, N. (2018). Chinas globale Konnektivitätspolitik: zum selbstbewussten Umgang mit chinesischen Initiativen. *SWP-Aktuell*, 18/2018, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56915-0>. Zugegriffen: 21. Juli 2019.
- KUKA AG. (2016). Presse-Information. KUKA unterzeichnet Investorenvereinbarung mit Midea und empfiehlt Annahme des Angebots. <https://www.kuka.com/de/investor-relations/uebernahmeangebot-midea-mecca>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Kundnani, H. (2011). Germany as a Geo-economic Power. *The Washington Quarterly*, 34 (3), 31–45.

- Kundnani, H. (2019). Germany's liberal geo-economics: using markets for strategic objectives. In M. Wigell, S. Scholvin & Aaltola, M. (Hrsg.), *Geo-economics and the Rivalry of Power Politics in the 21st Century. The Rivalry of Economic Statecraft*. (S. 61–75). New York, NY: Routledge.
- Kundani, H. & Parello-Plesner, J. (2012). China and Germany. Why the Emerging Special Relationship Matters for Europe. European Council on Foreign Affairs. https://www.ecfr.eu/page/-/ECFR55_CHINA_GERMANY_BRIEF_AW.pdf. Zugegriffen: 21. Juli 2019.
- Lian, Y. (2013). Eine „Natürliche Partnerschaftsbeziehung“ zwischen China und Deutschland. In M. Staak (Hrsg.), *Asiens Aufstieg in der Weltpolitik*. Berlin: Budrich.
- Lokalkompass. (2014, 31. März). Chinesischer Staatspräsident von Duisburger Logistikdrehscheibe logport beeindruckt. https://www.lokalkompass.de/duisburg/c-politik/chinesischer-staatspraesident-von-duisburger-logistikdrehscheibe-logport-beeindruckt_a418123. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Luttwak, E. N. (1990). From Geopolitics to Geo-Economics: Logic of Conflict, Grammar of Commerce, *The National Interest*, 20, 17-23.
- Ma, X. & Becker, F. (2015). *Business-Kultur in China. China-Expertise in Werten, Kultur und Kommunikation*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Maas, H. (2018a). „Bukarest, Berlin, Brüssel – gemeinsam für ein souveränes, starkes Europa“. Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich der rumänischen Botschafterkonferenz. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2130236>. Zugegriffen: 09. Juli. 2019.
- Maas, H. (2018b). Rede von Außenminister Heiko Maas zur Eröffnung des Wirtschaftstages der 16. Botschafterkonferenz. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-wirtschaftstag-botschafterkonferenz/2130302>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Maas, H. (2018c). Rede von Außenminister Maas in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-haushaltsdebatte-bundestag/2163106>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Maas, H. (2019a). Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich des Treffens der Botschafter und Generalkonsuln Irlands in Dublin. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-irland/2175536>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Maas, H. (2019b). Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich des Neujahrsempfangs des Ost-Ausschusses – Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft am 10. Januar

- 2019 in Berlin. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/neujahrsempfang-ostausschuss/2176704>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Maas, H. (2019c). Rede von Außenminister Heiko Maas bei der 55. Münchner Sicherheitskonferenz. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/aussenminister-maas-muenchner-sicherheitskonferenz/2190246>. Zugegriffen: 14. Juli 2019
- Maas, H. (2019d, 29. Apr.). Transatlantisch – aber anders. Tagesspiegel. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-lateinamerika-tagesspiegel/2213862>. Zugegriffen: 14. Juli 2019.
- Maas, H. (2019e). Eröffnungsrede von Außenminister Heiko Maas zur Lateinamerika- und Karibik-Konferenz <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-lateinamerika-karibik-konferenz/2221588>. Zugegriffen: 14. Juli 2019
- Marsh, D. (2015, 16. Feb.). *Liebe Deutsche, so kann man Europa nicht führen!* Welt. <https://www.welt.de/wirtschaft/article136827873/Liebe-Deutsche-so-kann-man-Europa-nicht-fuehren.html>. Zugegriffen: 21. Juli 2019.
- Maull, H. W. (2006). Nationale Interessen! Aber was sind sie?. Auf der Suche nach Orientierungsgrundlagen für die deutsche Außenpolitik. *Internationale Politik*, 10, 62–72.
- Meinke, U. (2016, 13. Apr.). Gabriel spricht sich gegen Idee einer Deutschen Stahl AG aus. Der Westen Funke Medien. Der Westen. <https://www.derwesten.de/wirtschaft/gabriel-spricht-sich-gegen-idee-einer-deutschen-stahl-ag-aus-id11728881.html>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- Merics – Mercator Institute for China Studies (2016). Made in China 2025. The making of a high-tech superpower and consequences for industrial countries. Papers on China No. 2. https://www.merics.org/sites/default/files/2017-09/MPOC_No.2_MadeinChina2025.pdf. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Merics – Mercator Institute for China Studies. (2018). China Update 4/2018. <https://www.merics.org/de/newsletter/china-update-42018>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Merkel, A. (2015a). Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Bergedorfer Gesprächskreis am 29. Oktober 2015. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-bergedorfer-gespraechskreis-am-29-oktober-2015-787664> . Zugegriffen: 18. Juli 2019.
- Merkel, A. (2015b). Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-merkel-799656>. Zugegriffen. 08. Juli 2019.

- Merkel, A. (2016a). Video-Podcast der Bundeskanzlerin #08/2016. <https://www.bundeskanzlerin.de/resource/blob/822020/768968/072c01c9bc3760780f67fff78d8ef324/download-pdf-data.pdf>. Zugegriffen: 16. Juli 2019.
- Merkel, A. (2016b). Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Deutsch-Chinesischen Forum für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit am 13. Juni 2016. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-deutsch-chinesischen-forum-fuer-wirtschaftliche-und-technologische-zusammenarbeit-am-13-juni-2016-605982>. Zugegriffen: 14. Juli 2019.
- Merkel, A. (2018). Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim 9. Deutsch-Chinesischen Forum für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit am 9. Juli 2018 in Berlin. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-9-deutsch-chinesischen-forum-fuer-wirtschaftliche-und-technologische-zusammenarbeit-am-9-juli-2018-in-berlin-1512632>. Zugegriffen: 11. Juli 201
- Merkel, A. (2019a). Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum Tag der deutschen Industrie am 4. Juni 2019 in Berlin. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-digitising-europe-summit-2019-am-19-februar-2019-in-berlin-1581892>. Zugegriffen: 19. Juli 2019.
- Merkel, A. (2019b). Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum Tag der deutschen Industrie am 4. Juni 2019 in Berlin. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zum-tag-der-deutschen-industrie-am-4-juni-2019-in-berlin-1634644>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Midea Groupe (2019). About Midea Group. http://www.midea.com/global/about_midea/overview/. Zugegriffen: 08. Juni 2019.
- Noesselt, N. (2011). Strategiewechsel in der chinesischen Europapolitik: Umweg über Deutschland? *GIGA Focus Asien*, 06/2011, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276139>. Zugegriffen: 21. Juli 2019.
- Notteboom, T. (2017). PortGraphic: Top 15 container ports in Europe in 2016 – has TEU growth resumed? <https://web.archive.org/web/20170417173149/http://www.porteconomics.eu/2017/03/26/portgraphic-top-15-container-ports-in-europe-in-2016-has-teu-growth-resumed/>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Pfalzgraf, M. (2017, 15. Mai). "Seidenstraßen"-Gipfel Abschlusserklärung ohne Europäer. Tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/ausland/gipfel-seidenstrasse-103.html>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.

- Phoenix. (2019, 16. Feb.). Münchner Sicherheitskonferenz - Rede von Bundeskanzlerin Merkel am 16.02.19.YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=77ldCeytas0>. Zugegriffen: 19. Juli 2019.
- Piller, T. (2019, 15, März). Abkommen mit Beijing. Italien als Teil von Chinas neuer Seidenstraße. FAZ.net. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/seidenstrasse-wo-china-in-italiens-haefen-investieren-koennte-16087284-p2.html>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Poggetti, A. (2018, 11. Okt.). Italy charts risky course with China-friendly policy. MERICS Blog. <https://www.merics.org/en/blog/italy-charts-risky-course-china-friendly-policy>. Zugegriffen: 13. Juli. 2019.
- Poschardt, U. (2019, 24, März). Interview Heiko Maas. „Einige lachen über uns“. Welt. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus190745219/Heiko-Maas-Einige-lachen-ueber-uns.html?wtrid=onsite.onsitesearch>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- @RegSprecher (2019, 04. Juni). Twitter. <https://twitter.com/RegSprecher/status/1135851297972924416>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- @RegSprecher (2019, 21. März). Twitter. <https://twitter.com/RegSprecher/status/1108663662724698112>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Roth, M. (2015). Rede von Europa-Staatsminister Michael Roth beim Branchenforum Chemie 2015 „Globalisierung nachhaltig in deutsch-chinesischen Chemieunternehmen gestalten“. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/150702-stm-r-igbce/273054>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Roth, M. (2019). „Die EU muss ihre Versprechen an den Balkan halten“. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/roth-faz-westbalkan/2222008>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Rüger, T. (2019, 12. Apr.) Neue Seidenstraße: China kauft den Balkan? <https://www.ard-wien.de/2019/04/12/neue-seidenstrasse-china-kauft-den-balkan/>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- The Standard. (2018). Leading Chinese figures honored. www.thestandard.com.hk/breaking-news.php?id=118948&sid=3. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Trampusch, C. & Palier, B. (2016) Between X and Y: how process tracing contributes to opening the black box of causality, *New Political Economy*, 21 (5), 437-454.

- Turcsanyi, R. (2017, 29. Nov.). Growing Tensions Between China and the EU Over 16+1 Platform. *The Diplomat*. <https://thediplomat.com/2017/11/growing-tensions-between-china-and-the-eu-over-161-platform/>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Scholvin, S. & Wigell, M. (2018) Power politics by economic means: Geoeconomics as an analytical approach and foreign policy practice, *Comparative Strategy*, 37:1, 73-84.
- Schüller, M. & Schüller-Zhou, Y. (2015). Chinas Seidenstraßen-Initiative trifft auf transeuropäische Infrastrukturpolitik. *Giga Focus Asien*, 08/2015, https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1508_0.pdf. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Schwenn, K, Ankenbrand, H., Pennekamp, J. Scharrenbroch, C. (2018, 1. Aug.). Chinesische Übernahme von westfälischem Maschinenbauer geplatzt. FAZ.net. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/chinesische-uebernahme-von-maschinenbauer-leifeld-geplatzt-15716931.html>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Seisselberg, J. (2019, 26. März). Seidenstraßen-Deal unterzeichnet. "Italien ist endlich mal Erster". *Tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/ausland/italien-seidenstrasse-101.html>. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Shambaugh, D. (2018). Rivalen, Partner, Gegner. Wenn sich China und die USA nicht vertragen wird es gefährlich. *Edition Le Monde Diplomatique*, 23, S. 7–10.
- Sigmund, T. & Stratmann, K. (2018, 19. Juni). Bundesregierung will Chinas Einstieg bei 50Hertz in letzter Sekunde stoppen. *Handelsblatt*. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/netzbetreiber-bundesregierung-will-chinas-einstieg-bei-50hertz-in-letzter-sekunde-stoppen/22703792.html?ticket=ST-7575639-BXgqju6gYqFlajCRG5Rd-ap3>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Sigmund, T. & Stratmann, K. (2017, 23. Jan.). Sigmar Gabriel im Interview. „Jetzt ist die Zeit, Europa zu stärken“. *Handelsblatt*. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/sigmar-gabriel-im-interview-jetzt-ist-die-zeit-europa-zu-staerken/19291462.html>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.
- State Council – The State Council of The Peoples Republic of China. (2015a). Chronology of China’s Belt and Road Initiative. http://english.gov.cn/news/top_news/2015/04/20/content_281475092566326.htm. Zugegriffen 08. Juli. 2019.
- State Council – The State Council of the People’s Republic of China (2015b). ‘Made in China 2025’ plan issued http://english.gov.cn/policies/latest_releases/2015/05/19/content_281475110703534.htm. Zugegriffen: 08. Juli 2019.

- State Council – State Council of the Peoples Republic of China. (2019). Greece proves appeal of ‘16+1 Cooperation’. http://english.gov.cn/premier/news/2019/04/14/content_281476608911974.htm. Zugegriffen: 13. Juli 2019.
- Steinmeier, F.-W. (2014a). Rede von Außenminister Steinmeier anlässlich des Hamburg Summit. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/141011-bm-hhsummit/265954>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Steinmeier, F.-W. (2014b). Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier beim Parlamentarischen Abend Luft- und Raumfahrt im Auswärtigen Amt. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/141111-bm-parl-abend-luft-raumfahrt/266932>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.
- Steinmeier, F.-W. (2016). „Mit Bremer Tugenden viel bewegen“ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/160212-bm-wk/278472>. Zugegriffen: 25. Juli 2019.
- Steinmetz, V. & Pauly, M. (2019, 11. März). Investitionen in Osteuropa. Chinas zweifelhafte Versprechen. Spiegel Online. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/china-und-osteuropa-wo-Beijing-mehr-verspricht-als-haelt-a-1262207.html>. Zugegriffen:
- Szabo, S. F. (2017). Germany. From Civilian Power to a Geo-economic Shaping Power. *German Politics and Society*, 35 (3), 38–54.
- Van Evera, S. (1997). *Guide to Methods for Students of political Science*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Voigt, B. (2015, 16. März). Die neue Seidenstraße. Die längste Zugreise der Welt. Der Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/themen/china/die-neue-seidenstrasse-die-laengste-zugreise-der-welt/11503222.html>. Zugegriffen: 10. Juli 2019.
- Vihma, A. (2017). Geoeconomic Analysis and the Limits of Critical Geopolitics: A New Engagement with Edward Luttwak, *Geopolitics*, 23 (1), 1–21.
- Weidenfeld, J. (2018, 16. Aug.). China’s Europe Policy Poses a Challenge to EU Cohesion. The Diplomat. <https://thediplomat.com/2018/08/chinas-europe-policy-poses-a-challenge-to-eu-cohesion/>. Zugegriffen: 12. Juli 2019.
- Wendt, A. (1999). *Social Theory of International Politics*. New York, NY: Cambridge University Press
- Welt. (2016, 14. Juli). Streit um Südchinesisches Meer belastet Asien-Europa-Gipfel. https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article157038

479/Streit-um-Suedchinesisches-Meer-belastet-Asien-Europa-Gipfel.html.
Zugegriffen: 27. Juli 2019.

Wermke, C. (2019, 29. März). Chinas Marsch nach Westen: Wie gefährlich die „Neue Seidenstraße“ wirklich ist. Duisburg: Chinatown im Ruhrgebiet. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/welthandel-duisburg-chinatown-im-ruhrgebiet/24155726-7.html?ticket=ST-119707-V70gGLUqFpzR0sdt1wZF-ap2>. Zugegriffen: 09. Juli 2019.

Westerwelle, G. (2012a). Rede von Außenminister Guido Westerwelle anlässlich des CDU/CSU-Kongresses „Asiens neue Gestaltungsmächte“. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/120613-bm-asien/250432>. Zugegriffen: 8. Juli 2019.

Westerwelle, G. (2012b). Rede von Außenminister Guido Westerwelle zur Eröffnung des Wirtschaftstages der Botschafterkonferenz am 28. August 2012 im Auswärtigen Amt. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/120828-boko-wirtschaftstag/251304>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.

Westerwelle, G. (2012c). Beitrag von Außenminister Westerwelle aus Anlass des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/121011-bm-faz/251802>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.

Westerwelle, G. (2012d). Grußwort von Außenminister Guido Westerwelle anlässlich des Festakts zum 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/121011-bm-grusswort-d-chn-40/251812>. Zugegriffen: 08. Juli 2019.

Wigell, M. (2016). Conceptualizing regional powers' geoeconomic strategies: neo-imperialism, neo-mercantilism, hegemony, and liberal institutionalism. *Asia Europe Journal*, 14 (2), 135–151.

Xiaoyu, P. (2016). One Belt, One Road: Visions and Challenges of China's Geoeconomic Strategy. *Mainland China Studies*, 59 (3), 111–126.

Zacharakis, Z. (2018, 08, Mai). Neue Seidenstraße. Chinas Anker in Europa. Zeit Online. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-04/neue-seidenstrasse-china-griechenland-europa-containerhafen-piraeus>. Zugegriffen: 08. Juli 2018.

ZDF – Zweites Deutsches Fernsehen. (2019, 26. März). Seidenstraßen-Gipfel – Altmaier: "China hat eine Lücke gefüllt". <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/wirtschaftsminister-altmaier-im-zdf-interview-china-hat-mit-neuer-seidenstrasse-luecke-gefuellt-100.html>. Zugegriffen: 25. Juli 2019.

7 Anhang

Anhang 1: Excel-Tabelle mit Aussagen deutscher Regierungspolitiker im Zeitraum von 2012 bis 2019, denen Beziehungstypen anhand von Codes (s. Tabelle 1) zugeordnet sind.